MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG

MARCHIVUM Druckschriften digital

Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924
1923

479 (18.10.1923) Mittag-Ausgabe

urn:nbn:de:bsz:mh40-208997

Verkaufspreis 50 Millionen Mark

Donnerstag, 18. Oktober — Mittag-Ausgabe — 1923 — Nr. 479

Mannheimer General-Anzeiger

Badische Neueste Nachrichten

Bezugspreise: In Mannheim u. Umgebung in der laufenden Woche Mk. 300 000 000. Die monatlichen Bezieher verpflichten sich bei der Bestellung des Abonnements die während der Bezugszeit notwendigen Preiserhöhungen zu bezahlen. Postscheckkonto Nummer 17190 Karlsruhe. — Hauptgeschäftsstelle Mannheim L 4. 2. — Geschäfts-Nebenstelle Neckarstadt, Waldhofstr. 6. Fernspr. Nr. 7041, 7042, 7043, 7044, 7045. Telegr.-Adr. Generalanzeiger Mannheim. Erscheint wöchentlich zweimal.

Anzeigenpreise nach Tarif, bei Vorausbezahlung oder mit Zuschlag für Geldentwertung: Allgemeine Anzeigen Grundzahl 400 × Schlußzeilenzahl des Vereins deutscher Zeitungsverleger 600 000 = 240 000 000. Für Anzeigen an bestimmten Tagen Stellen u. Ausgaben wird keine Verantwort. übern. Höh. Gewalt, Streiks, Betriebsstörung, usw. berechtigen zu keinen Ersatzansprüchen für ausgefall. od. beschränkt. Ausgaben od. f. versp. Aufnahme v. Anzeigen. Austr. d. Fernspr. ob. Gewähr. Gerichtsst. Mannheim

Beilagen: Der Sport vom Sonntag — Modezeitung — Aus Zeit und Leben mit Mannheimer Frauen-Zeitung und Mannheimer Musik-Zeitung

Die zweite Demarche in Paris u. Brüssel

Hoesch bei Poincaré

Der deutsche Geschäftsträger in Paris, Botschaftsrat v. Hoesch, hat am Mittwoch mittag im Auftrag seiner Regierung beim Ministerpräsidenten Poincare eine neue Demarche unternommen. Die Besprechung hat ungefähr ¾ Stunden gedauert.

Ueber den Inhalt

der gestrigen deutschen Demarche glaubt der Pariser Vertreter der „Voss. Ztg." folgendes mitteilen zu können:

„Der Schritt des deutschen Geschäftsträgers war hauptsächlich bestimmt, Poincare davon zu überzeugen, daß Verhandlungen von Regierung zu Regierung über die Wiederaufnahme der Arbeit im Ruhrgebiet und die Regelung der Sachleistungsfrage notwendig seien. Herr v. Hoesch legte dar, was von der Reichsregierung geschehen ist, die Wiederaufnahme der Arbeit im Ruhrgebiet wieder zu erleichtern, um ihren guten Willen zu beweisen. Der Geschäftsträger ging auch auf die Aufhebung der Kohlensteuer ein und überreichte Poincare eine schriftliche Auseinandersetzung der Gründe, aus denen die deutsche Regierung sich dazu entschlossen habe. Diese Darlegungen werden von französischen Sachverständigen geprüft werden. Botschaftsrat v. Hoesch betonte, daß die Fortdauer des gegenwärtigen Zustands bedenkliche Rückwirkungen auf die innere Lage Deutschlands haben müßte.

Das Ergebnis

der Unterredung ist indessen, wie allgemein vermutet wird, negativ geblieben. Bestimmte Erklärungen wurden am Quai d'Orsay abgelehnt, da die amtlichen Mitteilungen der beiden Regierungen abgewartet werden sollen. Es besteht aber, wie der Vertreter des „B. T." meint, der Eindruck, daß Poincare bei der Auffassung bleibe, eine direkte Verhandlung über die Reorganisation der Wirtschaft im Ruhrgebiet sei für die französische Regierung unmöglich, solange nicht die Arbeit und der Verkehr begonnen hätten.

Die Havasagentur veröffentlicht folgende offenbar beeinflußte Mitteilung: Der deutsche Geschäftsträger Botschaftsrat von Hösch hat am Mittwoch vormittag eine mündliche Mitteilung an Ministerpräsident Poincare gemacht, zu der ihn seine Regierung ermächtigt hatte. Die Unterredung hat 40 Minuten gedauert. Der Vertreter der deutschen Regierung hat Poincare von seinen ausführlichen Instruktionen Kenntnis gegeben, die er von Berlin erhalten hatte. Darin werden hauptsächlich die Schwierigkeiten der wirtschaftlichen Lage Deutschlands geschildert.

Herr von Hösch sprach alsdann über die Frage der Sachlieferungen und über die Mittel, aus denen diese Lieferungen bezahlt werden sollten. Poincare bemerkte darauf, daß er augenblicklich diese Frage nicht diskutieren könne; der Reichskanzler habe öffentlich mitgeteilt, daß die deutsche Regierung den Industriellen die Lieferungen nicht bezahlen könne. Nach Ansicht der französischen Regierung könne eine Diskussion mit der deutschen Regierung erst dann aufgenommen werden, nachdem in den besetzten Gebieten das normale Regime, wie es vor dem 1. Januar bestanden habe, durch die Wiederaufnahme der Sachlieferungen und der Arbeit wiederhergestellt sei. Wenn diese Bedingungen einmal erfüllt seien, könnten möglicherweise (!!) Verhandlungen zwischen Deutschland und den Alliierten eingeleitet werden. In diesem Augenblick behindere die deutsche Regierung nichts, eine Note an die Reparationskommission zu richten, wenn sie diesen Weg vorziehe. Die Mitteilung werde geprüft werden.

Herr von Hösch habe auch Poincare über die technischen Fragen unterrichtet, die die Einziehung der Kohlensteuer und die Instruktionen an die Beamten betreffen. Er habe über diesen Gegenstand Schriftstücke zurückgelassen, die von den zuständigen Stellen im Ministerium für auswärtige Angelegenheiten geprüft werden.

Poincares Verschleppungstaktik

Der Pariser Berichterstatter der „Times" schreibt, in Frankreich bestehe heute eine wachsende Tendenz, sich auf den Besitz oder vielmehr die Kontrolle des Rheinlandes oder des Ruhrgebiets zu konzentrieren und diese Gebiete als den Sperling in der Hand anzusehen. Es sei hoffnungslos, von Poincare irgend einen neuen Schritt zu erwarten. Er werde z. B. auf die Einladung Großbritanniens, die nächsten Schritte zu erörtern, auf das Gelbbuch verweisen, und wenn Deutschland den Wunsch zu Erörterungen zeige, verweise er wieder auf die Bedingungen des Gelbbuches. Woche auf Woche würden neue Vorschläge gemacht, die die französischen Forderungen nur verschärften. Es werde beispielsweise in Kreisen, die dem Quai d'Orsay nahestehen, darum ersucht, daß, bevor irgend ein Vorschlag Deutschlands erwogen werde, der Reparationskommission ein präliminares Projekt finanzieller Reformen unterbreitet werde. Erst, wenn die Reparationskommission überzeugt sei, daß die Reformen durchgeführt seien, werde Deutschland gestattet werden, ein neues Angebot zu formulieren. Es werde daher möglich sein, die Verhandlungen für lange Zeit hinauszuschieben. Die französischen Blätter gewöhnten sich dermaßen an den Gedanken, daß das Ruhrgebiet eine separate Einheit sei, daß sie nichts Seltsames darin fänden, Versuche Berlins, sich in die Ruhrangelegenheiten einzumischen, als eine Unverschämtheit zu bezeichnen. Das sei gerade so, als wenn dem englischen Parlament vorgeworfen werde, daß es Gesetze mache, die auf Lancashire Anwendung fänden. Es sei nicht überraschend, daß Poincare die Verhandlungen über den passiven Widerstand dem General Degoutte übertrage, um Großbritannien aus dem Spiele zu halten und daß er Deutschland mitteile, daß neue Vorschläge nicht der französischen Regierung, sondern der Reparationskommission unterbreitet werden müßten, die die Franzosen jetzt kontrollierten und deren Beratungen privat seien.

In Brüssel

Der deutsche Geschäftsträger in Brüssel hat zu Beginn des Nachmittags einen ähnlichen Schritt unternommen bei dem Außenminister Jaspar. Der belgische Minister habe den französischen Geschäftsträger über den Inhalt der Demarche unterrichtet. Auch in Paris sei der belgische Botschafter vom Quai d'Orsay entsprechend unterrichtet worden. Minister Jaspar habe dem deutschen Vertreter eine mit der Erklärung Poincares übereinstimmende Antwort erteilt, obgleich beide Minister Gelegenheit gehabt hätten, sich über ihre Haltung gegenseitig zu verabreden. Das sei ein neues Zeichen für die absolute Gleichheit der Ansicht, die zwischen der belgischen und französischen Regierung hinsichtlich des Reparationsproblems vorhanden sei.

* * *

Die belgischen Studien zur Reparationsfrage

Unter dem Vorsitz Barthous beriet die Reparationskommission gestern vormittag über den Antrag der belgischen Regierung, die Reparationskommission möge sich mit den belgischen Studien zur Reparationsfrage befassen. Es wurde beschlossen, diese Studien dem Finanzkomitee der Reparationskommission zur Bearbeitung zu übergeben.

Ein Plan des Generals Smuts

Ein Vorschlag des Generals Smuts, daß eine Kommission ernannt werden soll, um die Zahlungsfähigkeit Deutschlands festzustellen, findet in Londoner Handelskreisen und in der liberalen Presse Unterstützung. Nur in englischen amtlichen Kreisen scheint man von diesem Plan nicht entzückt zu sein, da man weiß, daß Frankreich eine Beteiligung hieran zurückweisen würde. Die britische Regierung ist der Ansicht, daß Frankreich und Deutschland den Mittelpunkt der europäischen Bühne einnehmen, auf der gegenwärtig kein Platz für irgendeinen andern Akteur sei, d. h. England ziehe nach wie vor die bequeme Zuschauerrolle einem Eingreifen in die schwebenden Fragen vor.

Ein amerikanisches Zeugnis

Von Wilhelm Schaer

Unter dem Titel „Germany's Capacity to pay" (Deutschlands Zahlungsunfähigkeit) ist in Amerika kürzlich ein Buch erschienen, das von einer Reihe von Wirtschaftssachverständigen unter Mitwirkung des Carnegie Institute of Economics verfaßt und herausgegeben worden ist als eine Studie des Reparationsproblems und der mit ihm zusammenhängenden Wirtschafts- und Finanzfragen. Die Schlußfolgerungen der Sachverständigen wie ihre Gesamtbeurteilung des Problems dürften gerade jetzt für die deutsche Oeffentlichkeit von größtem Interesse sein, wo über kurz oder lang mit einer Wiederaufnahme der Verhandlungen zwischen Deutschland und der Gegenseite zu rechnen sein wird. Wenn diese Verhandlungen zu einem fruchtbaren Ergebnis führen sollen, dann können sie nur auf rein wirtschaftlicher Grundlage unter Ausschluß aller politischen Gesichtspunkte erfolgen, wie diese ja auch bereits von anderen Sachverständigen im Laufe der verflossenen vier Jahre wiederholt zum Ausdruck gekommen ist. Das vorliegende Gutachten bietet ein neues Beweisstück gegen den Wahnsinn des Versailler Diktates und des Londoner Zahlungsplanes, für eine allein vernünftige Lösung des Reparationsproblems.

Das Gutachten erachtet als das einzige Mittel zur Möglichkeit von großen jährlichen Zahlungen über einen längeren Zeitraum hinaus und als den einzigen Maßstab für die Höhe dieser Zahlungen den Ueberschuß der Ausfuhr über die Einfuhr, unter Berücksichtigung der sogen. „unsichtbaren Faktoren des Gesamthandels, die es aber angesichts der Wegnahme der Auslandsguthaben und der Handelsflotte nicht hoch einschätzt. Es kommt dann zu dem beachtenswerten Schluß, daß „in dem außerordentlich günstigen Jahre 1913, dem Rekordjahr des deutschen Außenhandels und der deutschen Wirtschaft überhaupt noch nicht die Hälfte der jährlichen, durch den Londoner Zahlungsplan bestimmten Reparationssummen hätte bezahlen können. Dann heißt es weiter: „Zu keiner Zeit seit dem Kriege hat Deutschland nicht nur nicht einen zu Reparationszwecken verfügbaren Ausfuhrüberschuß gehabt, sondern ein dauernd zunehmendes Defizit von annähernd 10 Milliarden Goldmark. Trotzdem hat es ungeheure Reparationsleistungen durchgeführt. Auf Grund einer unparteiischen Analyse aller erhältlichen Zahlen sind wir zu dem Schlusse gelangt, daß die der Reparationskommission übergebenen Werte sich auf 25 bis 26 Milliarden Goldmark belaufen."

Diese Leistungen sind zweifellos ohne eine günstige Handelsbilanz erfolgt, was „temporär" wohl möglich ist, nicht aber auf längere Dauer. Es befinden sich darunter daher auch solche Leistungen, die nicht wiederholt werden können. Aber auch die kleinen Naturallieferungen können ohne Rücksicht auf die Handelsbilanz nur kurze Zeit weitergeführt werden, da sie ohne Gegenwert erfolgen, die Beschaffung der erforderlichen Rohstoffe verhindern, die Fähigkeit zur Ausfuhr anderer Waren verringern und damit auch die Möglichkeit zu irgend welchen Barleistungen, die heute bereits praktisch, wenn auch vielleicht noch nicht vollständig, erschöpft ist.

Zur Frage der künftigen Leistungen stellt das Gutachten folgende Tatsachen auf:

1. Da Deutschland augenblicklich und auf lange Jahre hinaus aus unsichtbaren Quellen praktisch kein internationales Nettoeinkommen hat, hängt seine Fähigkeit zur Erlangung ausländischer Wechsel und damit zu Reparationszahlungen beinahe völlig von seinem Außenhandel ab.

2. Da sich das ganze Wirtschaftssystem Deutschlands in der Weise entwickelt hat, daß roh gerechnet 20 Prozent seiner Bevölkerung ohne fortgesetzte Lebensmitteleinfuhr nicht leben kann, und daß die meisten Industrien ohne ausländische Rohstoffe nicht arbeiten können, muß die Bereitstellung dieser unumgänglichen Einfuhr allem anderen vorangehen. Dies ist nicht nur erforderlich zur Erfüllung der Vertragsverpflichtungen, sondern geradezu zwingend notwendig, wenn nicht ein beträchtlicher Teil der städtischen Bevölkerung umkommen soll.

3. Die zur Erhaltung des Kräftezustandes und zur Hebung der Produktion auf den ungefähren Vorkriegsstand erforderliche Einfuhr beziffert sich auf etwa 14 Milliarden Goldmark, der im Jahre 1922 eine solche von etwa 6,2 Milliarden gegenüberstand.

4. Die deutsche Ausfuhr muß daher allein zur Zahlung der unbedingt notwendigen Einfuhr 14 Milliarden Goldmark betragen. 1922 betrug sie weniger als die Hälfte.

5. Die Fähigkeit zu Reparationszahlungen wird Jahr für Jahr bestimmt werden durch den Ueberschuß der Ausfuhr über diese 14 Milliarden.

6. Gegenwärtig ist die Gesamteinfuhr an Lebensmitteln und Rohstoffen zusammen mit der heimischen Produktion ungenügend zur Erhaltung der Bevölkerung in voller Arbeitsfähigkeit und der Industrie in voller Tätigkeit. Der größte Teil der deutschen Industriebevölkerung ist ernstlich unterernährt.

7. Die Ausfuhrmärkte Deutschlands sind seit dem Kriege stark beschnitten worden in ihrer Aufnahmefähigkeit durch die allgemeine Verarmung Europas, dann aber durch die Aufrichtung von Zollschranken gegen die Einfuhr deutscher Waren gerade von Ländern, die erklären, daß Deutschland alles bezahlen kann und muß.

Es gibt kaum ein besseres Zeugnis menschlicher Albernheit und Schwachköpfigkeit, als die Forderung eines Teiles der Alliierten auf ungeheure Reparationsleistungen und die gleichzeitige Unmöglichmachung dieser Leistungen durch Unterbindung der deutschen Ausfuhr. Das Traurigste dabei ist, daß selbst heute noch viele diesen Widersinn nicht begreifen. Große Reparationsleistungen können nur gemacht werden, wenn der deutsche Lebensstandard unter dem Existenzminimum oder zum mindesten auf dem Minimum gehalten wird, darunter soziale Revolten unvermeidlich werden. Das Herunterdrücken von Lohn und Produktionskosten unter den Weltmarktstand, sowie damit die Unterbietung aller Konkurrenz „sind der einzige Weg zur Erlangung eines substanziellen Ausfuhrüberschusses."

Die Sachverständigen erklären warnend zum Schluß: „Wir haben keine bestimmte Jahressumme der Leistung aus dem Ausfuhrüberschuß festgesetzt, aus dem einfachen Grunde, weil es für jeden unmöglich ist, zu wissen, ob Deutschland überhaupt zu einem solchen Ueberschuß gelangen wird. Dies hängt von ganz unbestimmten Faktoren ab. Jedes unter militärischem Druck erzwungene Versprechen zu irgend einer Zahlung einer bestimmten Jahressumme wäre jedoch kein Jota mehr wert als das „Abkommen" vom Mai 1921. Keine Drohung, kein Zwang, kein Versprechen, keine Garantie werden die Zahlung einer bestimmten Summe sichern können. Wenn die Alliierten Zahlungen erhoffen wollen, dann gibt es nur einen Weg: Erleichterung des Wiederaufbaus der deutschen Ein- und Ausfuhr und Auslieferung des sich dann ergebenden Ausfuhrüberschusses."

Besser als mit diesen wenigen Sätzen kann der ökonomische Wahnsinn des Versailler Diktats und des Londoner Zahlungsplanes kaum gegeißelt werden.

Unter der Fremdherrschaft

Wieder eine Zeche beschlagnahmt

Die Zeche König Ludwig bei Recklinghausen ist von den Franzosen für die französische Regie beschlagnahmt worden. Von den Beamten, Angestellten und Arbeitern wurde die Erklärung verlangt, keine Sabotage zu treiben und mit der französischen Regie im allgemeinen Interesse zusammenzuarbeiten. Gegen die rechtswidrige Besetzung der Zeche wird seitens des Grubenvorstands im Einvernehmen mit dem Bergbaulichen Verein Einspruch erhoben werden.

Zeitungsverbote

Der „Märkische Sprecher" in Bochum wurde für unbestimmte Zeit verboten. Die Rheinlandkommission hat das Erscheinen des „Kölner Tageblatt" auf unbestimmte Zeit untersagt.

Einigung mit der Regie

Berlin, 18. Okt. (Von unf. Berl. Büro.) Nach zweitägigen Verhandlungen ist, wie aus Gelsenkirchen gemeldet wird, gestern eine Einigung zwischen den deutschen Eisenbahnbeamten und der französischen Regie hergestellt worden. Die Franzosen haben ihre bisherige Forderung, daß die Eisenbahner sich persönlich zur Wiederaufnahme der Arbeit melden sollen, fallen lassen und sich damit einverstanden erklärt, daß die bisherigen Dienststellenvorsteher eine Liste der zur Arbeit bereiten Eisenbahner einreichen. Die französischen Eisenbahnkommandeure entscheiden in jedem einzelnen Fall, ob und wer wieder eingestellt werden soll. Wie die Franzosen bei den Verhandlungen darlegten, ist mit einer baldigen Einstellung der dienstbereiten Eisenbahner noch nicht zu rechnen. Die Franzosen beabsichtigen nur stückweise die Wiederaufnahme der Arbeit und die Ingangsetzung der Eisenbahnen.

Rückwirkungen des Regiebetriebes auf Holland

Der Berliner Berichterstatter des „Allgemeen Handelsblaad" hatte mit dem Reichsverkehrsminister Oeser eine Unterredung über die Lage des Verkehrs zwischen Deutschland und Holland. Der Minister erklärte dabei u. a., wenn der französische Plan, wonach die Eisenbahnen des Rheinlandes und des Ruhrgebietes nicht an Deutschland zurückgegeben würden, sondern einer internationalen Gesellschaft übertragen werden sollten, würde dies zur Folge haben, daß der Antwerpener Hafen zum Nachteil des Hafens von Rotterdam und Amsterdam bevorzugt würde. Die englischen Schifffahrtslinien über Hoek von Holland und Vlissingen würden ebenso zugunsten der französisch-belgischen Linien ins Hintertreffen kommen.

Frankreich am Oberrhein

Das französische Projekt für die zwischen Straßburg und Basel zu erstellenden Kraftwerke und den Rheinseitenkanal, das auf Verlangen des französischen Ministeriums für die öffentlichen Arbeiten von einem elsaß-lothringischen Konsortium ausgearbeitet worden ist, wurde nunmehr von der von den Handelskammern im nordöstlichen Frankreich gebildeten Société régionale d'Etudes du Rhin gutgeheißen. Nach diesem Projekt wären auf der Rheinseitenkanalstrecke Basel—Straßburg außer dem Kraftwerk von Kembs noch weitere sieben Kraftwerke zu erstellen mit einem Kostenvoranschlage von rund 200 Millionen pro Kraftwerk oder 600 Millionen für die unterhalb Kembs liegenden drei Kraftwerke auf der Strecke Kembs—Breisach und 1400 Millionen für die Erstellung sämtlicher Kraftwerke von Kembs bis Straßburg. Die zu gründende Gesellschaft für den Bau der Rheinkraftwerke, die Société Nationale du Rhin, wird vom französischen Staat eine Garantie für die auszugebenden Obligationen verlangen; ferner soll der Staat auf seine Kosten die Schleusen und alle anderen speziell der Schiffahrt dienenden Einrichtungen errichten. Nach dem Organ der Handelskammer in Nancy wird auch der französische Staat die Defizite der zu erstellenden Rheinkraftwerke übernehmen.

Das Arbeitszeitgesetz

Wie Berliner Blätter melden, fanden gestern und heute Vorbesprechungen der Reichsregierung und der Koalitionsparteien statt, ferner Verhandlungen mit den Gewerkschaften über das Arbeitszeitgesetz.

Laut „Vossischer Zeitung" ist im Reichstage eine Kommission der Koalitionsparteien zusammengetreten, die etwa auftretende politische Schwierigkeiten von vornherein beseitigen soll, damit das Gesetz im Plenum des Reichstages eine glatte Erledigung finden kann. Der Reichstag wird sich voraussichtlich Dienstag oder Mittwoch nächster Woche mit dem Arbeitszeitgesetz beschäftigen.

MARCHIVUM

Zuspitzung im Berlin-Dresdener Konflikt

Generalleutnant von Müller hat in seiner Eigenschaft als Militärbefehlshaber einen Brief an den Ministerpräsident Dr. Zeigner gerichtet, indem er auf eine sich in maßlosen Angriffen auf die Reichswehr ergehende Rede des kommunistischen Ministers Böttcher vom 13. Oktober in Leipzig Bezug nimmt. Am Schlusse des Briefes sagt General Müller:

„Ich habe bei allen meinen bisherigen Maßnahmen die Mitarbeit der sächsischen Regierung als Voraussetzung genommen. Für deren Fortführung bitte ich Sie, zu den Ausführungen des Ministers Böttcher Stellung zu nehmen und mir mitzuteilen, ob sich das Gesamtministerium einverstanden erklärt oder ob es davon abrückt. Für den letzteren Fall muß ich, um klare Verhältnisse zu schaffen, ersuchen, daß die sächsische Regierung die mir gegebene Erklärung im Wortlaut in der Presse veröffentlicht. Gleichzeitig bitte ich um Mitteilung von Maßnahmen, die derartige Entgleisungen von Ministern zu verhindern imstande sind."

Ministerpräsident Dr. Zeigner machte in der gestrigen Sitzung des sächsischen Landtages Mitteilung von diesem Schreiben und griff in seinen Ausführungen das Wehrkreiskommando heftig an. Dr. Zeigner versuchte es dann mit einer Diversion gegen Bayern und sagte: „Die Reichsregierung dulde es, daß sich in Bayern verfassungswidrige Zustände herausbilden. Kahr handle gegen das Reich. Bayern gleiche einem Heerlager." Dann fuhr er fort: „Heute erfahren wir aus zuverlässiger Quelle, daß der bayerische Gesandte eine Note in Berlin überreicht hat, in der es heißt: „Bereits vor einigen Monaten hat die bayerische Regierung die Reichsregierung darauf hingewiesen, daß in Dresden ein Kongreß der Betriebsräte geplant sei. Der Kongreß hat trotz des Verbots des Reichs unter dem Schutz der sächsischen Regierung stattgefunden. Gleichzeitig hat in Plauen ein in Bayern verbotener Kongreß der Kommunisten stattgefunden. Das ist eine feindliche Aktion gegen die bayerische Regierung. Zu ihrem Bedauern muß die bayerische Regierung sehen, daß das Reich seine Autorität in Sachsen nicht durchsetzt. Die bayerische Regierung fragt daher an, welche Maßnahmen die Reichsregierung zu treffen gedenkt, um ihre Autorität in Sachsen zu heben und um eine Einmischung der sächsischen Regierung in bayerische Angelegenheiten zu verhindern."

Nach Verlesung dieses Briefes fuhr Zeigner fort: „Warum handelt das Reich nicht? Wer hier nicht handelt, der macht sich mitschuldig." Dann kam Zeigner auf seine Beziehungen zu General Müller zu sprechen. Sein Verlangen, eine Erklärung über die Stellung der sächsischen Regierung zu dem kommunistischen Finanzminister abzugeben, sei rechts- und verfassungswidrig. „Wir lehnen es ab, ihm das Verlangte zu geben, wir fordern, daß das Reich nicht ein Land anders behandelt als das andere."

Noch offenherziger war der kommunistische Finanzminister Böttcher, der u. a. erklärte, die Reichsregierung möge sich gesagt sein lassen, daß sie ein gewagtes Spiel mit der Arbeiterschaft spiele und der kommunistische Wirtschaftsminister Heckert meinte gar, die Mehrheit des Volkes müßte aufgerufen werden, um den Ausnahmezustand abzuschaffen. Der von den Deutschnationalen eingebrachte Mißtrauensantrag wurde mit der üblichen kleinen Mehrheit von den Linksparteien abgelehnt. Heute geht die Debatte weiter. Der Himmel verfinstert sich zusehends!

Sozialistische „Demarche" in Berlin

[·] **Berlin**, 18. Okt. (Von uns. Berl. Büro.) Die sächsischen Dinge beginnen nicht nur in Dresden und im dortigen Landtag sich zuzuspitzen. Der Abg. Müller-Franken hat gestern nachmittag den Reichspräsidenten und den Reichskanzler aufgesucht und ihnen Mitteilung von dem Beschluß des sozialdemokratischen Parteivorstandes, der im Dienste einer äußerst formal begriffenen Rechtsgleichheit die Aufhebung des Belagerungszustandes fordert. Die Regierung scheint sich darüber in der gestrigen Kabinettssitzung nicht schlüssig gemacht zu haben, immerhin wird eine baldige Entscheidung kaum zu umgehen sein; denn die Sozialdemokratie wird einigermaßen dringlich. Es ist zwar richtig, was das „B. T." hervorhebt, daß der sozialdemokratische Parteivorstand für seine Mitteilungen keine ultimative Form gewählt hat, aber im „Vorwärts" und auch im sozialdemokratischen Parlamentsdienst wird der gestrige Beschluß des Parteivorstandes in einem Sinn kommentiert, der über die Tendenz des Schrittes keinen Zweifel läßt. Im „Vorwärts" wird auseinandergesetzt: „Mit jedem Tag mehre sich die Zahl der Sozialdemokraten, die sich fragten, wie lange noch eine mitverantwortliche Beteiligung der Partei an der Leitung der Reichsgeschäfte möglich sein wird." (Das fragt man sich also in der sozialdemokratischen Partei, nachdem die neue Koalition mit Ach und Krach knapp zwei Wochen alt ist!). Man sollte, erklärte der „Vorwärts", der sozialdemokratischen Partei nicht zumuten, Dinge zu decken, die sie durch sie nicht decken könne. Trotz allen schlechten Erfahrungen, die die Sozialdemokratie mit den Kommunisten gemacht hat und fort und fort noch macht, ist man offenbar gewillt, Zeigner und sein mehr kommunistisches als sozialistisches Ministerium höher zu stellen als die Rücksicht auf das Reich.

Die „Vossische Ztg.", die zugibt, daß die sächsische Entwicklung der letzten Monate eine schwere Belastung der Reichspolitik darstelle, schlägt als Ausweg vor: Aufhebung der jetzigen Form des Ausnahmezustandes und Einführung des Zivilausnahmezustandes. Derweilen aber herrscht in Sachsen ein Terror, der das ganze Wirtschaftsleben in Frage stellt. In Plauen ist dieser Tage ein Fabrikbesitzer vor die Wahl gestellt worden, seine Waren vernichtet zu sehen oder seine Bank anzuweisen, die geforderten Gelder herauszugeben. Es ist dies eben ausgesprochener Bolschewismus, von illegalen Organisationen getragen, die die sächsische Regierung unterstützt und mit einer gewissen Autorität ausrüstet. Kann, ohne ihre Autorität vollends einzubüßen, die Reichsregierung dem noch länger zusehen?

Sächsische „Kultur"-Politik

Auf seiner letzten Tagung beschäftigte sich der Vorstand des Deutschen Philosophenverbandes mit den Schulreformplänen der sächsischen Regierung, die auf eine völlige Zertrümmerung des höheren Bildungswesens hinausgehen. Es wurde dazu folgende Entschließung angenommen:

1. Wir bestreiten, daß für den geplanten radikalen Umsturz des sächsischen höheren Schulwesens eine genügende Notwendigkeit vorliegt.
2. Wir verlangen, daß die notwendige Reform des sächsischen höheren Schulwesens sich organisch auf dem Bestehenden ausbaut und nicht leichtherzig bewährtes und unentbehrliches Bildungsgut beiseite wirft.
3. Wir sind der Ueberzeugung, daß den berechtigten Forderungen der Erziehung zum Volksganzen, des sozialen Ausgleichs und eines kindertümlichen Unterrichts vollkommen auch im Rahmen des bestehenden Schulwesens Genüge geschehen kann.
4. Wir fordern, daß, wenn es zu einer durchgreifenden Neugestaltung des höheren Schulwesens in Sachsen kommt, bei der Vorbereitung die Fachleute der höheren Schule entscheidenden Einfluß erhalten und auch der Elternschaft genügende Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben wird.

* * *

Die sozialistisch-kommunistische Regierung in Thüringen

Die gestrige Abstimmung im thüringischen Landtag ergab 28 Stimmen für und 24 gegen die neue Regierung. Zwei bürgerliche Abgeordnete fehlten. Das Regierungsprogramm lehnt sich im wesentlichen an die zur Bildung einer sozialistisch-kommunistischen Regierung aufgestellten Richtlinien an. Besonders scharf wendet sich die neue Regierung gegen das Ermächtigungsgesetz. Die bürgerlichen Parteien erklären, daß sie ihren Antrag auf Auflösung des Landtages aufrecht erhalten und brachten gleichzeitig einen Antrag auf Aenderung des Wahlgesetzes ein.

Eine neue Verordnung v. Kahrs

Die Korrespondenz Hoffmann meldet amtlich: Durch eine Verordnung des Generalstaatskommissariats vom 16. Oktober wird allen Personen, die in Bayern ihren Wohnsitz oder Aufenthalt haben, die Zugehörigkeit zu einem Sicherheits- oder Selbstschutzverband oder ähnlichen Einrichtungen der Vereinigten Sozialdemokratischen oder Kommunistischen Partei auch außerhalb Bayerns verboten und die Teilnahme an Uebungen, Veranstaltungen oder Zusammenkünften solcher Verbände oder Einrichtungen untersagt. Zuwiderhandlungen werden mit Gefängnis bestraft. Daneben kann auf Geldstrafe in unbeschränkter Höhe erkannt werden.

Die Unruhen

[·] **Berlin**, 18. Okt. (Von unserm Berliner Büro.) Am gestrigen Nachmittag und spät abends sind im Norden Berlins und in den Vororten verschiedentlich doch wieder Bäckerläden ausgeplündert worden. Im Vorort Tempelhof hielten Arbeitslose einen Wagen der Firma Bolle an und entwendeten 51 Kisten Margarine.

Aus Gelsenkirchen wird gemeldet, daß dort bei dem zum Mannesmann-Konzern gehörigen Walzwerk die Frauen der Werkangehörigen in die Fabrik drangen und das Verwaltungsgebäude stürmten. Die stürmenden Frauen richteten große Verwüstungen im Hauptverwaltungsgebäude an.

Nach einer Mitteilung der „Voss. Ztg." aus Leipzig hat das Polizeipräsidium alle Umzüge und Ansammlungen unter freiem Himmel verboten. Gleichzeitig ergeht die Aufforderung an die Einwohnerschaft, alle Eingriffe in die Lebensmittelversorgung zu unterlassen. Auf Zuwiderhandlungen gegen das Verbot werden schwere Freiheits- und Geldstrafen gesetzt. Zuwiderhandlungen, die den Tod eines Menschen veranlassen, werden mit Todesstrafe belegt.

Kommunistenangriff auf ein Gefängnis

Wie aus Kiel gemeldet wird, kam es gestern in Heide (Holstein) infolge der Verhaftung des Führers der dortigen Kommunisten zu Unruhen. Gegen 11 Uhr wurde versucht, die Verhafteten gewaltsam aus dem Amtsgerichtsgefängnis zu befreien. Zwei mit Karabinern bewaffnete Kommunistentrupps drangen in die Innenstadt ein und forderten die Freilassung des Führers. Nach der Ablehnung des Ansinnens feuerten die Kommunisten eine Salve ab, worauf sich die Beamten in den Gefängnishof zurückzogen. Von dort aus wurde das Feuer erwidert. Auch eine zweite Kommunistenabteilung griff mit Gewehrfeuer in die Schießerei gegen das Gefängnis ein. Als die Kommunisten den Mißerfolg der beabsichtigten Ueberrumpelung einsahen, stellten sie das Schießen nach dem Eintreffen eines Zuges Schupo ein. Bei der Vornahme von Haussuchungen erfolgten mehrere Verhaftungen.

---

* **Lloyd George Ehren-Rothaut.** Auf seiner Amerikareise wurde Lloyd George in Minneapolis feierlich zum Ehrenmitglied des Siouxstammes ernannt.

Die Rentenbank

[·] **Berlin**, 18. Okt. (Von uns. Berl. Büro.) Die neue Rentenbank wird sich am Freitag dieser Woche konstituieren. In dieser Sitzung wird der Präsident gewählt und werden auch die Direktoren bestellt werden. Der frühere preußische Finanzminister Lentze hat inzwischen seine Bereitwilligkeit zur Uebernahme des Präsidentenamtes gegeben.

Um die Dienstzeitverlängerung bei den Beamten

[·] **Berlin**, 18. Okt. (Von unserem Berl. Büro.) Wie eine hiesige Nachrichtenstelle erfährt, haben gestern im Reichsministerium des Innern Besprechungen zwischen der Regierung und Organisationsvertretern von Beamten und Angestellten über eine Erhöhung der Leistungen bei den Behörden des Reichs, des Landes und der Kommunen stattgefunden. Die Regierung verlangte eine Erhöhung der wöchentlichen Arbeitsstundenzahl von 48 auf 56 Stunden. Die Gewerkschaftsvertreter meinten dilatorisch, über diese Frage könne endgültig erst verhandelt werden, wenn sich die Regierung über den Entwurf des Beamtenabbaugesetzes schlüssig geworden sei. Der Entwurf, der im wesentlichen fertig ist, soll in nächster Zeit den Gewerkschaften zur Stellungnahme übermittelt werden.

Badische Politik

„Republik Kehl"

In einer der letzten Nächte wurde ein Flugblatt angeklebt, das zur Gründung der „Republik Kehl" auffordert. Die Flugblätter sind auf der Rückseite gummiert. Man hat dort für diese kindische Mache nur ein Lächeln.

Forderungen der Erwerbslosen

Vor wenigen Tagen fand in Karlsruhe eine Landeskonferenz der Erwerbslosen von Baden statt, die von verschiedenen Teilen des Landes beschickt war. In einer von der Konferenz angenommenen Entschließung wird von der badischen Regierung bezw. vom Landtag die Bewilligung von Mitteln gefordert, damit die Erwerbslosen beschäftigt werden können. Ferner soll der Landtag ausreichende Mittel bewilligen, um den Erwerbslosen durch eine den teuren Verhältnissen angepaßte Wirtschaftsbeihilfe zu helfen. Auch für genügend Kartoffeln und Brennmaterial müsse gesorgt werden. Bei den Notstandsarbeiten sei ferner dafür zu sorgen, daß für die Regentage die Erwerbslosenunterstützung bezahlt wird, da sonst die Notstandsarbeiter schlechter gestellt seien, wie der Vollerwerbslose. Gegen die Absicht der Regierung, die erwerbslosen Frauen und männlichen Erwerbslosen unter 21 Jahren aus der Erwerbslosenunterstützung auszuschließen, legte die Konferenz Verwahrung ein. Ferner wurde verlangt, daß die Unterstützung prozentual nach dem Tariflohn eines Gemeinde- und Staatsarbeiters abgestuft (50 bis 80 Prozent) gewährt wird. Nach Ansicht der Konferenz ist es dringend notwendig, daß der Landtag zur Beschlußfassung über die Anträge der Erwerbslosen zu einer außerordentlichen Sitzung zusammengerufen wird.

Letzte Meldungen

* **Separatistische Jugendorganisationen.** Die Separatisten beginnen unter dem Namen „Die jungen Rheinfranken" eigene Jugendorganisationen aufzumachen. Namentlich in Trier, Kreuznach und Koblenz wurden derartige Versuche unternommen.

* **Lörrach**, 17. Okt. Die bei Leopoldshöhe von der Reichseisenbahnverwaltung für die deutschen Eisenbahner, die bisher in Basel wohnten, erbauten neuen Wohnhäuser, konnten bis 1. Oktober noch nicht bezogen werden. Da aber die Eisenbahner ihre Stadtwohnungen in Basel auf 1. Oktober gekündigt hatten, so sind sie in eine mißliche Lage gekommen. Sie mußten jetzt auf Kosten der Eisenbahnkasse in Basler Wirtschaften untergebracht werden. An der Verzögerung der Fertigstellung der Neubauten ist auch der Bauarbeiterstreik schuld.

sw. **Zwingenberg**, 17. Okt. Ein hiesiger Einwohner, der wegen Ueberschreitung der Steuerzahlungsfrist einen erheblichen Entwertungszuschlag zahlen sollte, hat sich aus Sorgen darüber erhängt.

---

* **Rom**, 18. Okt. Der Papst übersandte dem Kardinalerzbischof von Köln und Breslau je 150 000 Lire zur Verteilung an die Bedürftigen ihrer Diözese und zu dem gleichen Zweck dem Bischof von Münster 50 000 Lire.

* **Warschau**, 18. Okt. In der heutigen Vollsitzung des Sejm ist der Antrag der Mehrheitsparteien, der Regierung das Vertrauen auszusprechen, mit 208 gegen 191 Stimmen angenommen worden.

*

* **Die Zahl der Beschäftigungslosen in England** betrug am 8. Oktober 1 250 600. Das bedeutet eine Zunahme um 5418 gegen die Vorwoche.

* **Die Finanzkonferenz der baltischen Staaten** wurde in Reval mit einer Ansprache des estnischen Finanzministers Wastel eröffnet. An der Finanzkonferenz nehmen teil: Finnland, Estland, Lettland und Polen. Zum Vorsitzenden wurde Wastel gewählt.

Volksdichtung und Fabelkunde

Von Geh. Reg.-Rat **Leo Frobenius**

Der bekannte Forscher veröffentlichte in diesen Tagen im Volksverband der Bücherfreunde (Wegweiser-Verlag, G. m. b. H. Berlin) sein neuestes Buch „Vom Kulturreich des Festlandes", auf das wir bereits empfehlend hingewiesen haben. Wir entnehmen dem geistvollen Werk mit Erlaubnis des Verlages den nachstehenden Abschnitt.

Was bedeutet Volksdichtung und Fabelkunde?

Wir vermögen das zu erkennen aus Eigenem. Was besitzen wir nicht für verschiedenartige Materien der Volksdichtung und Fabelkunde! Da steht zu Anfang gleich die Tierfabel, die große Zahl Geschichten von dem schlauen Reineke. Sie muß uns uralt sein. Oft wurde sie neu herausgegeben. Einmal als Spiegelbild weltlichen und kirchlichen Lebens. Zuletzt noch von Goethe. — Ohne Zusammenhang hierzu die deutsche Götter- und Heldensage, ein eigentümliches Zusammenfluten von Vorstellungen des Weltbildes und des Menschenschicksals. Die deutsche Götter- und Heldensage starb im Volke erst vor kurzem aus. Der Schimmelreiter und Frau Holle waren noch in der Mitte des vorigen Jahrhunderts Volksnotwendigkeiten, und in mehr als einem Kyffhäuser schlummerte die Legende des kaiserlichen Gottes. — Eine dritte Gruppe stellt das deutsche Volksmärchen dar, eine der schönsten Blüten gotischer Kultur. Zum vierten endlich bürgerte sich mit dem Christentum bei uns die ganze Fülle von Legenden und Erzählungen des alten und neuen Testamentes ein. Damit aber ward uns nicht nur ein Fremdgut zu eigenem, sondern die mit Hilfe dieses Fremdgutes dem Volke langsam eingefüllte christliche Weltanschauung ließ in Hunderten und Tausenden von Heiligenlegenden alte Stoffe neue Form annehmen. — Als fünfte und letzte Schicht sei hierzu noch aller der Sagen gedacht, die das Volk als Geschichte und als geschichtliche Ueberlieferung, also als tatsächlich Geschehenes betrachtet. Hierzu gehören mehr als nur Stücke, wie sie von Heinrich dem Löwen oder Karl dem Großen oder vom Schlachtfeld von Fehrbellin erzählt werden. Eigentlich gehört die ganze Summe dessen dazu, was als deutsche Geschichte wirklich volkstümlich geworden ist, da bis auf einen kleinen Bruchteil nie die Wahrheit einer historischen Tatsache Volksgut wird, wohl aber die Volksauffassung von den stattgehabten Vorgängen.

Also mehrere Schichten liegen übereinander. Vielfach nimmt die Neubildung Stoff aus dem älteren. Eine Gestalt der alten Götterzeit kann in jüngerer Periode zu einem Heiligen der christlichen [illegible] werden. Die Mythe vom alten Gotte wird zur Legende [illegible] volkstümlichen Kaiser. Die Träger sind in verschiedenen Zeiten [illegible] Typen: der Heldensänger, die alte Frau in der [illegible], der Priester, der Herr Schullehrer. Durchaus [illegible] für alle Schichten das Ende: im Augenblicke, als die Kunst des Lesens und Schreibens Allgemeingut wurde, als das alte Gut aufgeschrieben und gedruckt wurde, als das Volk durch Zeitung und Verkehr in das Stadium der Zivilisation versetzt wurde, — in diesem Augenblick verschwand die alte Volksdichtung für immer.

Aber noch andere Eigentümlichkeiten sind für das Wesen der Volksdichtung bedeutsam. Man kann sagen, daß das Götter- und Heldenepos frühzeitig ein Privatbesitz der Adelskaste wurde, daß das „Volk" diese Schicht aufgab oder aber die alten Stoffe in schlichter Weise zu Legenden (Schimmelreiter und Frau Holle), vor allem unter dem Einfluß der Missionare des Christentums zu Heiligengeschichten umformte. — Anderseits hat das Märchen sich nur unter Bauern erhalten und ist früher den Städtern kaum bekannt gewesen. Die Gebrüder Grimm haben das „deutsche Märchen" für das Stadtvolk eigentlich erst „entdeckt".

Sonst erweist sich die Fabelkunde, soweit sie nicht religiöser Natur ist, als eng verbunden mit Kulturschichtung und Kultur-Umbildung. Und wer nun eine griechische Mythe einem Märchen aus tausendundeiner Nacht, eine indische Legende einem deutschen Märchen, eine nordische Heldensage einer syrischen Patriarchengeschichte usw. gegenüberstellt, der wird es sogleich verstehen, wenn ich sage, daß die Volksdichtung und Fabelkunde der stärkste Ausdruck kulturphysiognomischer Natur ist.

Demgemäß kommt auch in der Fabelkunde die morphologische Umbildung der Kultur am stärksten zum Ausdruck. Die Ilias, das Parzivallied, das Nibelungenlied sind Symbole sich aus dem allgemeinen Kulturniveau zur Hochkultur entwickelnder Kulturformen. Unverkennbar verbunden mit den Kulturkeimen und dem schlichten Blätter- und Stengelwerk erschließt sich die Blüte fast plötzlich. Gleichsinnig mit dem Ganzen und doch durchaus eigenwertig steht die Herrlichkeit wie mit einem Blitz aus dem Flachen zur Höhe gezaubert vor uns.

Deshalb also sage ich, daß die Fabelkunde nicht nur der Verbreitung ihres Gehaltes nach ein historisch wichtigstes Dokumentenmaterial zu liefern imstande ist, daß in ihr sich nicht nur die Physiognomie der Kulturen am deutlichsten widerspiegelt, sondern daß sie auch die besten Belege liefern muß für Erkenntnis der Bindeglieder zwischen dem Unter- und Obergeschoß der Kultur.

Theater und Musik

(·) **Karlsruher Landestheater.** Die Josefslegende — oder: Versuch, Karlsruhe in den Genuß ganz besonderer Pikanterie zu sehen. Erstens mit dem Stück an sich — welche Aussichten: der keusche Joseph, die üble Potipharin! — und dann mit zwei Gästen von der Metropolitan Oper in Newyork. Das mußte doch ziehen. Und hat wohl die Kasse gefüllt. Leer blieben Herz — und Sinne dazu. Zwar: der Publikus jubelte, hochbefriedigt. Ob über den Star des Abends, Ami Schwaningers Potipharweib (die so gar keinen Akt tanzte, sondern nur American Variete im Superlativ lüsterner Dekadenz), ob über Fritz Gadescow (die sympathische Gestalt des Abends, die als Joseph wenigstens Gesundheit zu pantomimen künstlerisch stark genug war und choreographisch teils edle, teils effektvolle Augenblicke erzielte) oder über etliche wohlgestellte Gruppen und Szenerien des Berner Gastes, Ballettmeisters Semmler — das weiß man nicht. Aber das: die Mehrheit hatte so viel mit Schauen zu tun, daß sie die „sinfonische Tanzdichtung" darüber vergaß. Woran wirklich nichts lag. Denn die Musik von Richard Strauß lärmt vor Gedankenarmut wie das Machwerk des Grafen Keßler und Hofmannsthals mit Erfindungsschwäche prunkt. Theater und Kino verschmelzen in Eins. Ueberkultur? Unterkultur! Daß sie nicht gar so erdrückend beelendete, dafür sorgte Emil Burkard mit ein paar klassisch ruhigen Bühnenbildern. Aber sie konnten nur mildern, nicht die trostlose Stillosigkeit der fahrigen Fantasie retten. Hauptsache: es gefiel, es füllte. Also warum nicht? Wesentlich ungefüllter blieb das Theater beim ersten Sinfoniekonzert vom 15. Okt., obwohl es drei hervorragende Neuheiten brachte: eine an Formen höchst abwechslungsreiche Orchestersuite in C-Dur von Bach voll unerschöpflicher Gedankenüppigkeit; die selten gespielte A-Dur Sinfonie Mozarts (Köchl 201) von 1773: durchzogen von freudigen, melodischen Linien, unbeschwert von lastendem Sinnieren, und als Höhepunkt: Händels, des heute so Modernen, Concerto grosso in C-Moll mit kolossalen Ausmaßen musikalischen Gehaltes; strahlend in sieghafter Selbstbewußtheit des Genies. Fritz Cortolezis hat den Werten dieses monumentalen Opus seine Hauptliebe entgegengebracht; es kam am straffsten; packte. Wie auch Beethovens Erste überzeugende, impulsive Wiedergabe erfuhr. Das Finale wirkte rhythmisch stark und unmittelbar. Ein Konzert bester Note für kultivierte Musikliebhaber. Nichts für die Kasse, wie die sogen. Josephslegende.

(·) **Die Gesellschaft der Musikfreunde in Donaueschingen** beging dieser Tage ihr 10jähriges Bestehen. Jeder Musiker und jeder Musikfreund weiß heute, welche anregende Förderung die Kammermusik auch unserer jüngsten Komponisten von dieser Vereinigung erfährt. Was dieses Orchester unter der Führung seines Dirigenten Heinrich Burkard und seines am Pult der ersten Geige stehenden Vorstands G. Mall leistet, verdient Beachtung und Würdigung. Den Auftakt des Konzertes bildete die Festouvertüre von Joh. Wenzel Kalliwoda, ein frisch hingeworfenes, nicht allzu tief angelegtes, barock anmutendes Werk, das begeisterten Beifall fand. Den gesanglichen Teil des Abends bestritt Tiny Debüser, Köln, mit Orchesterliedern von Richard Wagner und Gustav Mahler. Vom zartesten, duftend hingehauchten Piano bis zur Steigerung des äußersten Forte ein Guß diese Stimme. Besondere Bedeutung gewann der Abend durch die Interpretation des Konzertes in B-dur für Violine und Orchester von Johann Stamitz, das seine Uraufführung erlebte. Stamitz, geb. 1717, gest. 1751, lebte in Mannheim als Kapellmeister der dortigen Kapelle. Das Konzert in B-dur, in drei Teile: Moderato-Adagio-Presto non troppo gegliedert, erinnert in seiner Art bisweilen an Händel: Eingangsthema

Städtische Nachrichten

Anordnung des Ausnahmezustandes

Der Minister des Innern hat endlich den Ausnahmezustand in Mannheim angeordnet. Unterm Gestrigen ist von Herrn Remmele folgende Verordnung erlassen worden:

Auf Grund der gemäß Artikel 48 Absatz 2 der Reichsverfassung ergangenen Verordnung des Reichspräsidenten vom 26. September 1923, betreffend die zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung für das Reichsgebiet nötigen Maßnahmen und der hierzu ergangenen Bekanntmachung des Militärbefehlshabers im Wehrkreis V vom gleichen Datum wird für das Gebiet der Stadt Mannheim einschließlich Vororte verordnet, was folgt:

§ 1. Verboten wird jede Betätigung durch Wort, Schrift oder andere Mittel, die darauf gerichtet ist, lebenswichtige Betriebe zur Stillegung zu bringen. Als lebenswichtige Betriebe gelten insbesondere die öffentlichen Verkehrsanstalten und alle Anlagen und Einrichtungen zur Erzeugung von Gas und Elektrizität sowie Wasserwerke.

§ 2. Verboten werden, soweit dies nicht schon bereits geschehen ist: 1. alle Versammlungen in geschlossenen Räumen und unter freiem Himmel; 2. alle Menschenansammlungen auf Straßen und Plätzen; 3. Umzüge aller Art; 4. jede Herstellung und Verbreitung von Flugblättern und Handzettel sowie der Vertrieb von Zeitungen auf Straßen und Plätzen; 5. der Verkauf von Waffen, Patronen, Pulver und anderen Sprengstoffen; 6. das Tragen von Waffen durch Zivilpersonen, auch wenn sie im Besitz von Waffenscheinen sind. Ausnahmen von Ziffer 1 bis 6 kann das Bezirksamt zulassen, soweit nicht nach den bereits erlassenen Bestimmungen die Bewilligung von Ausnahmen unzulässig ist.

§ 3. Die Polizeistunde wird auf 9 Uhr festgesetzt; alle öffentlichen Lokale, Wirtschaften, Vergnügungsstätten u. dergl. sind demgemäß abends 9 Uhr zu schließen und dürfen vor 6 Uhr morgens nicht geöffnet werden. Für Theater und Lichtspielhallen wird dieser Zeitpunkt auf ½10 Uhr abends festgesetzt. Der Straßenverkehr ist von 11 Uhr abends bis 4 Uhr morgens verboten, soweit nicht das Bezirksamt eine Ausnahme zuläßt.

§ 4. Wer den Vorschriften dieser Verordnung zuwiderhandelt oder zu solchen Zuwiderhandlungen auffordert oder anreizt, wird, sofern nicht die bestehenden Gesetze eine höhere Strafe bestimmen, auf Grund der §§ 4 und 5 der eingangs erwähnten Verordnung bestraft, wonach die im Strafgesetzbuch mit lebenslänglichem Zuchthaus bedrohten Verbrechen mit dem Tode geahndet werden, wenn sie nach der Verkündigung dieser Verordnung begangen sind.

§ 5. Diese Verordnung gilt für das Gebiet der Stadt Mannheim einschließlich Vororte und tritt sofort in Kraft.

Die gesamte ordnungsliebende Bevölkerung wird mit dem Gefühl der Erleichterung die Nachricht von der Anordnung des Ausnahmezustandes vernehmen. Es war wirklich allerhöchste Zeit. Zweifellos hat die Ausrufung des Generalstreiks den Entschluß des Ministers des Innern beschleunigt. Es liegt im Interesse eines jeden Einwohners, sich den Maßnahmen, die der Ausnahmezustand im Gefolge hat, zu fügen. Man darf annehmen, daß nunmehr recht bald wieder Ruhe und Ordnung einkehren.

Die Zusammenrottungen

dauerten am gestrigen Nachmittag fort. Da der Marktplatz und die Zugangsstraßen nicht freigegeben wurden, suchten die Unruhestifter sich in der Oststadt zu betätigen. Zunächst kam es gegen Abend auf den Planken zu Ansammlungen vorwiegend jugendlicher Elemente, die, wie man annahm, etwas gegen die Badische Bank im Schilde führten. Es kam aber zu keiner Aktion gegen dieses zu sehr im Zentrum der Stadt gelegene Bankinstitut. Als der Ruf „Auf nach dem Villenviertel!" erscholl, zog eine größere Menge nach der Oststadt. Dem Verband der Metallindustriellen, der am Friedrichsplatz seine Büros hat, wurden zwei Fensterscheiben eingeschlagen. Außerdem versuchte die Menge in der Augusta-Anlage in die Privatwohnung eines Direktors eines hiesigen industriellen Werkes einzudringen. Auf Autos herbeigeholte Polizeimannschaften konnten die Ruhestörer rechtzeitig zerstreuen. Da in den Abendstunden eine leichte Entspannung der Lage eintrat, konnte die Absperrung des Marktplatzes und der Zugangsstraßen aufgehoben werden. Zu weiteren Zusammenstößen ist es dann nicht mehr gekommen. Durch den Generalstreik wurde glücklicherweise das Elektrizitätswerk nicht lahmgelegt, sodaß die Straßenbeleuchtung in normaler Weise funktionierte.

Kein Wochenmarkt

Der heutige Hauptmarkt ist, wie zu erwarten war, durch die Unruhen vereitelt worden. Um 7 Uhr hielt am Kircheneck der Wagen eines Gärtners aus Dagersheim, von dem Blumenkohl abgeladen wurde. Das war die einzige Zufuhr, um die sich einige Personen scharten. Im übrigen war der Markt völlig menschenleer. Wir möchten bei dieser Gelegenheit auf die Gefahren aufmerksam machen, die der Lebensmittelversorgung der Bevölkerung durch die Unruhen erwachsen sind. Gestern nachmittag waren mit Ausnahme einiger Metzgerläden sämtliche Lebensmittelgeschäfte geschlossen. Dieser Zustand läßt sich unmöglich aufrecht erhalten. Die Anordnung des Ausnahmezustandes wird dafür sorgen, daß die Lebensmittelhandlungen unbehelligt bleiben. Wir nehmen deshalb an, daß die Läden heute offen gehalten werden, damit das Publikum die notwendigsten Artikel einkaufen kann.

5 Tote und 9 Verwundete

waren bis nachmittags 5 Uhr als Opfer der gestrigen Unruhen ins Krankenhaus eingeliefert. Die Namen der Toten sind: Eugen Burkhardt, Griebel, Josef Fütterer, Fritz Barth und Emil Fahrenholz. Die näheren Personalien liegen auch heute noch nicht vor. Mit zumteil schweren Verletzungen, die eine Lebensgefahr nicht ausschließen, wurden im Laufe des gestrigen Tages neun Personen eingeliefert und zwar: der 20 Jahre alte Taglöhner Adam Baumann, der 19 Jahre alte Schuhmacher Hermann Kühner, der 19 Jahre alte Werkzeugdreher Ludwig Ziermann, der 24 Jahre alte Schlosser Emil Haas, der 20 Jahre alte Bankbeamte Karl Schaaf, der 43 Jahre alte Arbeiter Peter Wiegand, der 18 Jahre alte Student Paul Bühler, der 19 Jahre alte Arbeiter Johann Zeller und der 27 Jahre alte Packer Alfred Meyer. Baumann, der einen Bauchschuß erhalten hat, ist inzwischen seinen Verletzungen erlegen, sodaß der gestrige Tag sechs Tote gekostet hat.

Massenverhaftungen

sind auch gestern wieder erfolgt. Die Bereitschaftspolizei hat auf einmal 80 Personen festgenommen, die von den Franzosen vom Meßplatz her über die Friedrichsbrücke gedrängt wurden. Die Verhafteten mußten die Arme hochhalten, bis sie ins Quartier der Bereitschaftspolizei in Q 6 (ehemaliges altes Gefängnis) eingeliefert waren. Von dort wurden die Festgenommenen später ins Amtsgefängnis im Schloß verbracht. Man hat bei dieser Gelegenheit auch den Täter erwischt, der den Schuß auf Hauptmann Baterrodt, den Führer einer Hundertschaft der Bereitschaftspolizei, abgegeben hat. Außer dieser Massenfestnahme sind auch eine Anzahl Einzelfestnahmen erfolgt. Es handelt sich um Personen, die Waffen bei sich hatten.

Ruhige Nacht

Wie die späteren Abendstunden, so ist auch die Nacht völlig ruhig verlaufen, sodaß man annehmen darf, daß wir nunmehr das schlimmste hinter uns haben.

Stellungnahme der Stadtverwaltung zu der Erwerbslosenbewegung

Von stadtamtlicher Seite erhalten wir folgende Mitteilungen:

Mit der Aufgabe des sog. „passiven Widerstandes" sind auch einschneidende Veränderungen in der Erwerbslosenfürsorge eingetreten. Während unter der Herrschaft des passiven Widerstandes die Erwerbslosenunterstützung im besetzten Gebiet und dem ihm gleich zu erachtenden Einbruchsgebiet regelmäßig in Höhe von zwei Dritteln des zuständigen Tariflohnes zu gewähren war, sind nach Anordnung der Reichsregierung vom 8. Oktober an auch für jenes Gebiet wieder die Höchstsätze der allgemeinen Erwerbslosenfürsorge maßgebend. Die Ueberleitung ist in der Weise angeordnet, daß für die Zeit vom 1. bis 7. Oktober die Unterstützung noch in der alten Höhe des Tariflohnes zu gewähren war; für die Zeit vom 8. bis 17. Oktober werden die doppelten, für die Zeit vom 17. bis 31. Oktober die 1½fachen und ab 1. November nur noch die einfachen Höchstsätze der allgemeinen Erwerbslosenfürsorge geleistet. Für die Familienzuschläge gelten die allgemeinen Reichssätze vom 8. Oktober ab. Die allgemeinen Reichssätze werden der Geldentwertung angepaßt. So hat z. B. in Mannheim ein verheirateter erwerbsloser Metallarbeiter mit zwei Kindern in der Zeit vom 24. bis 30. September eine tägliche Unterstützung von 208 Millionen Mark erhalten, vom 8. Oktober ab dagegen 178 Millionen Mark und für die Woche vom 10. bis 16. Oktober infolge der Anpassung an die Geldentwertung 490 Millionen Mark. Die Unterstützungssätze vom 17. ds. Mts. ab sind noch nicht bekannt geworden.

In der Sitzung vom 11. ds. Mts. hatte sich der Stadtrat mit Forderungen der Erwerbslosen zu beschäftigen, die in ihrer Gesamtheit völlig den gesetzlichen Bestimmungen widersprechen und deshalb unerfüllbar waren, insbesondere über die Befugnisse der Stadt weit hinausgingen. Deshalb wurde der zuständige Dezernent des Stadtrats ermächtigt, noch mit Vertretern der Erwerbslosen mündlich zu verhandeln. Diese Vertreter hatten sich zu diesem Zweck sowohl am Freitag als auch am Samstag im Rathaus eingefunden. Da sie auf ihren Forderungen beharrten, waren die Verhandlungen ergebnislos. Am Montag vormittag fand sich eine größere Menge von Erwerbslosen im Hofe des Rathauses ein. Noch ehe es zu neuen Verhandlungen gekommen war, sammelte sich auf der Breitenstraße unmittelbar vor dem Eingang des Rathauses und rings um das Rathaus eine größere Menge an. Da unter dem Druck großer Massen Verhandlungen nicht geführt werden können, wurden die Türen zum Rathaus geschlossen. Eine Tür wurde jedoch mit einem falschen Schlüssel geöffnet. Unter den ins Rathaus Eingetretenen waren auch Stadtverordnete, die dann mit dem Oberbürgermeister und einigen Herren der Verwaltung die Sachlage erörterten.

Die Stadtverwaltung ist davon überzeugt, daß sich ein großer Teil der Bevölkerung, insbesondere auch die Erwerbslosen, in großer Notlage befindet. Bei Durchführung der Erwerbslosenfürsorge ist sie jedoch an die Vorschriften und Geldzuweisungen des Reiches gebunden und kann insbesondere andere Unterstützungen als die vorgeschriebenen nicht leisten. Allerdings können solche Hilfsbedürftige, die mit den ihnen zu Gebote stehenden Einnahmen die Kosten der Lebenshaltung nicht zu bestreiten im Stande sind, sich noch der ergänzenden Hilfe des städtischen Fürsorgeamts bedienen, das gerade auch Erwerbslosen schon in zahlreichen Fällen diese Hilfe geleistet hat und auch fernerhin gewähren wird. Indessen muß diese Hilfe von einer Prüfung der persönlichen Verhältnisse abhängig gemacht werden.

Mannheims Kartoffelversorgung

In der vorgestrigen Sitzung der Preisprüfungskommission nahm, wie mitgeteilt, die Aussprache über die Kartoffelversorgung einen großen Raum ein. Der Ausgangspunkt der Debatte, die sich zumteil scharf polemisch gestaltete, war die in der letzten Sitzung von amtlicher Seite erfolgte Feststellung, daß eine hiesige Kartoffelhandelsgroßfirma aus dem Auslande eingeführte Kartoffeln nach Britisch-Indien ausgeführt habe. In den Berichten der andern Blätter wurde daraufhin zumteil die Auffassung vertreten, daß diese Auslandskartoffeln in erster Linie der deutschen Bevölkerung zugute kommen sollten. In einer Zeitung wurden in der Ueberschrift aus den ausländischen deutsche Kartoffeln und die „Arbeiterztg." nannte, obwohl der Fall noch nicht aufgeklärt war, unter scharfen Ausfällen den Namen der Firma. Es ist begreiflich, daß die Angelegenheit in Handelskreisen ziemlich viel Staub aufwirbelte. Die Erhebungen haben inzwischen ergeben, daß die Vorwürfe, die gegen die Firma erhoben wurden, nicht berechtigt waren. Ein Teilhaber der Firma stellte fest, daß 60 Proz. der Kartoffeln bisher von dieser Firma nach Mannheim gebracht wurden. Man kann also, wie es geschehen ist, nicht behaupten, daß die Firma sich um die Kartoffelnöte der Mannheimer nicht kümmert und lediglich ihre Auslandsgeschäfte besorgt, die mit Schweizergeld geführt werden, weil die Firma mit einer schweizerischen liiert ist. Die Auslandskartoffeln kosten etwa 30 französ. Franken von der Grenze ab. Der Zentner würde infolgedessen 4 Milliarden Mark ohne Berücksichtigung des eigenen Nutzens kosten. Man muß dem Teilhaber der Firma recht geben, wenn er meint, daß es ein großes Geschrei in der Stadt gegeben hätte, wenn zu diesem Preise die Kartoffeln hier verkauft worden wären. Die Firma hat in den letzten Wochen etwa 30 Frauen und Männer, darunter mehrere Witwen, beschäftigt, die nunmehr brotlos geworden sind, weil das Auslandsgeschäft unter dem Druck der Verhältnisse aufgegeben wurde.

Ein anderer Vertreter des Kartoffelgroßhandels verteidigte die Ringbildung, die nicht freiwillig erfolgt, sondern aus dem Zwang der Verhältnisse heraus entstanden sei. Der Kartoffelgroßhandel habe Anfang August sowohl die Stadtverwaltung wie die Landesregierung darauf aufmerksam gemacht, daß der einzelne Großhändler mit den ihm zur Verfügung stehenden Mitteln nicht die erforderliche Menge Kartoffeln nach Mannheim bringen könne. Die Landesregierung habe daraufhin 15 Milliarden zur Verfügung gestellt mit dem Bemerken, daß die Versorgung der Bevölkerung mit Spätkartoffeln durch das Reich finanziert werde. Ende August habe er erneut die Landesregierung darauf aufmerksam gemacht, daß es Zeit sei, daß etwas geschehe. Er habe darauf nicht einmal eine Antwort bekommen. Bürgermeister Dr. Walli habe sich dann nach der Rückkehr aus dem Urlaub der Sache energisch angenommen und die Großhändlervereinigung in jeder Weise unterstützt. Die Süddeutsche Diskonto-Gesellschaft habe, als an die hiesigen Banken wegen der Finanzierung herangetreten wurde, in großzügiger Weise die Sache in die Hand genommen und die andern Banken unter einen Hut zu bringen versucht. Die Bemühungen seien aber fehlgeschlagen, weil die Zinsen nicht aufgebracht werden konnten. Der Zentner Kartoffeln hätte vielleicht 70 Proz. Zinsen verschlungen. Die Reichsbank verhielt sich zunächst ablehnend; sie wollte erst nur wertbeständige Kredite geben. Nach vielem Hin und Her hat sie 4 Billionen vorgestreckt. Als sich herausstellte, daß diese Summe nicht genügte, wurde der Kredit auf 25 Billionen erhöht. Diese Woche mußten 50 Billionen aufgenommen werden. Mit 80 Billionen können aber noch keine 100 Wagen Kartoffeln bezahlt werden. Um Mannheim versorgen zu können, müßten 150 Wagen laufen. Am Montag wurde der Zentner mit 1,3 Milliarden verkauft und gleichzeitig mit 2,1 Milliarden gekauft. Die Verladungen gingen bis in die letzte Woche ganz ordentlich. Die Ausführungen Westarps im Reichstag seien das Schlußsignal gewesen. Der Preis, der den norddeutschen Landwirten bezahlt werden müsse, sei 2 Goldmark. Die Landwirte wollen zumteil Papiermark, zumteil wertbeständiges Geld. Die Schwierigkeiten der Kartoffelbeschaffung seien furchtbar. Aber wenn das Publikum etwas mehr Ruhe bewahre, würden die Schwierigkeiten überwunden. Voriges Jahr wurde erst Ende Oktober mit der Spätkartoffelversorgung begonnen und es sei nicht zu spät gewesen. Bis jetzt seien 290 Wagen hier eingetroffen. Wenn man die nötigen Billionen beschaffe, dann werde die Kartoffelbeschaffung, die in der Hauptsache eine Geldfrage sei, wesentlich erleichtert.

Bürgermeister Dr. Walli stellte fest, daß das Auslandsgeschäft der angegriffenen Großfirma vom Standpunkt der allgemeinen Wirtschaft nicht zu verurteilen sei. Es sei sogar erwünscht, daß Firmen Auslandsgeschäfte machen. Die Stadtverwaltung habe sich mit den sechs größten Firmen in Verbindung gesetzt, weil diese Firmen im letzten Jahre die Versorgung der Bevölkerung übernommen hatten. Die Stadtverwaltung sei aber gern bereit, auch andern Firmen an die Hand zu gehen. Auch wegen anderer Händler seien Gänge zur Reichsbank gemacht worden, sobald sie an die Stadtverwaltung herangetreten seien. Es sei begreiflich, daß große Unruhe in der Bevölkerung herrsche, die sofort mit den nötigen Kartoffeln versehen sein wolle. Das sei selbstredend ein Ding der Unmöglichkeit. Das Kartoffelgeschäft sei immer bis Anfang Dezember gegangen. Es sei anzuerkennen, daß die Reichsbank Hilfe in so großem Maße zur Verfügung gestellt habe. Den Aeußerungen des Reichsbankdirektors sei zu entnehmen, daß die Reichsbank noch mehr als 80 Billionen zur Verfügung stellen werde. Die badische Regierung habe sich noch nicht entschieden. Der Leiter des Lebensmittelamtes stellte fest, daß in der letzten Zeit darüber geklagt werde, daß bei der Kartoffellieferung

---

mit sugenhaft durchgeführtem Orgelsatz, dann Uebernahme der Melodie mit Variationen in die Sologeige. Das Adagio etwas sehr breit und gedehnt mit Doppelgriff-Passagen im 2. Teil. Als Interpretin war eine Geigerin gewonnen, die man doch als eine der ersten deutschen Geigerinnen bezeichnen wird: Catharina Bosch-Möckel, Stuttgart. Mit kräftig männlichem Strich, oft beinahe zu kräftig, das Presto hätte ein wenig mehr Eleganz und Zartheit erfordert, vermittelte sie dieses elegante Werk. Beethovens Fünfte bildete den Abschluß. A. D.

⊙ **Saarbrücker Musikbrief.** Der Konzertwinter hat mit drei charakteristischen Veranstaltungen sehr verheißungsvoll eingesetzt. Die Reihe der Instrumentalkonzerte wurde eingeleitet durch ein Violinabend Hermann Stizers, des Konzertmeisters am Städt. Orchester. Kraftvolle Klarheit bei strenger Beherrschung des geistigen Gehalts im Vortrag und eine wundervolle ganz persönliche Bogentechnik sind die in dem vorwiegend klassischen Programm (Bach, Beclair) voll zur Geltung gekommenen Hauptvorzüge des rasch sich aufwärts entwickelnden Künstlers. Generalmusikdirektor Lederer, der am Stizerabend mit feiner Musikalität begleitet hatte, führte bei der zweiten Veranstaltung, dem ersten Symphonie-Konzert im Saalbau, das Städtische Orchester zu einem sehr starken Erfolg. Der Dirigent hat sein Orchester im Lauf des letzten Jahres zu straffer Disziplin erzogen; der Tonkörper arbeitet mit spürbarer Liebe und der sicheren Führung. Webers Oberon-Ouvertüre, die eröffnete, war ein Meisterstück klaren und beschwingten Vortrags. Brahms „Zweite" offenbarten ihren Gehalt in der machtvollen Steigerung des Finale. Pfitzners neues Klavierkonzert erzielte durch Rehbergs überlegenes Spiel starke Wirkung, blieb aber als Komposition doch etwas kühl und ergrübelt. Die Gesellschaft der Musikfreunde hatte sich am ersten Konzert ihrer Serie (Amar-Hindemith-Quartett, Frankfurt) die Aufgabe gestellt, junge Musik erstmals hier zum Erfolg zu führen. Es gelang ihr mit dem Streichquartett op. 16 von Hindemith, das dem Komponisten die lebhafteste Anerkennung eintrug. Werke von Sekles und Reger vervollständigten das Programm. E. D.

⊙ **Theaterrundschau.** In Hamburg fand die Uraufführung von Rudolf von Labans Tanzspiel „Komödie", ein geistvolles Bewegungsspiel zu Mozartscher Musik, großen Erfolg. — Die Bühne, die Rosa Valetti Mitte November in dem umgebauten Klindworth-Scharwenka-Saal in Berlin unter der Bezeichnung Komödia Valetti eröffnet, bringt als Eröffnungsvorstellung die deutsche Uraufführung des Stückes „Die Feindin" von Dario Niccodemi. Ferner wurden zur Aufführung erworben „Die Bürger von Rouen" von Franz Schulz (Uraufführung), „Die Opferung" von Kalmecker (Uraufführung), „Professor Klenow" von Karen Bramson und „Die Versuchung der Editha Chamrath" von Michael Fruehwart (Uraufführung).

⊙ **Deutsch-dänische Ehrung Heinrich Wilhelm v. Gerstenbergers.** Am 100jährigen Todestag des Ugolino-Dichters und Vorläufers der Stürmer und Dränger, Heinrich Wilhelm von Gerstenbergers, der auf den 1. November d. J. fällt, wird an seinem Geburtshause in Tondern eine Relieftafel enthüllt werden, die der junge Hamburger Bildhauer Edgar Ende geschaffen hat. Die deutsche Gedächtnisrede hält der Hamburger Literarhistoriker und Kritiker Albert Malte Wagner, der Biograph Gerstenbergers.

Kunst und Wissenschaft

⊙ **Das Ruhrgebiet auf der Goteborger Städtebauausstellung.** Auf der internationalen Städtebauausstellung, die zum Goteborger Stadtjubiläum stattfand, fesselte besonders die Aufmerksamkeit die Vertretung des Ruhrsiedelungsverbandes. In der deutschen Abteilung, die fast den fünften Teil des Ganzen bildete, und neben der auch die französischen Städtebaukünstler nicht fehlten, hatten, da die Architekten des Verbandes, Schmidt-Essen und Rappaport, ein interessantes Material zusammengebracht. Da sah man die Uebersichtspläne über die Verteilung der Siedelungen, Zechen und Hochöfen, der dauernd zu erhaltenden Grünflächen, einen Ueberlandbebauungsplan der Gemeinde Hörde, bedeutungsvolle Bebauungspläne der Gemeinde Marl, die von 1901 bis jetzt aus einem mittelgroßen Dorf zu einer Stadt von 15 000 Einwohner geworden ist und infolge der Zunahme der Bergwerke sich anschickt, in nicht zu ferner Zeit einer Bewohnerzahl von etwa 120 000 Seelen Unterkunft gewähren zu müssen. Auch die großen Entwässerungsanlagen des Emschergebietes, des niederen Ruhrbezirks und der Kohlengegend am Niederrhein waren in Plänen und Schriften dargestellt.

⊙ **Eine dänische Goethe-Ausstellung.** „Die Gesellschaft von 1916 zur Ausbreitung gegenseitiger deutscher und dänischer Kultur" hat beschlossen, im Januar nächsten Jahres eine Goethe-Ausstellung zu veranstalten. Die Ausstellung wird bestehen aus Büchern, Manuskripten, Bildern und Kunstgegenständen, die teils aus den Weimarer Sammlungen, teils aus Privatbesitz stammen und auf Veranlassung der deutschen Regierung nach Kopenhagen geschickt werden. Schauspieler und Schauspielerinnen werden aus Goethe-Werken vorlesen und der deutsche Gesandte in Kopenhagen, v. Mutius, wird über „Goethes Verhältnis zur Philosophie" sprechen. Außerdem hofft man Georg Brandes und Harald Höffding für Vorträge zu gewinnen.

⊙ **Hochschulnachrichten.** Prof. Dr. Albert von Le Coq, Direktor am Berliner Museum für Völkerkunde und einst Leiter der preußischen Turfan-Expeditionen nach Mittelasien, ist von der dänischen Akademie der Wissenschaften zum Mitglied ernannt worden. — Die Schweriner Universitätswoche für die Kultur der Gegenwart wurde durch den Rektor der Universität Rostock eröffnet. — Der Heidelberger Archäologe, Prof. Curtius, der seinerzeit an den bedeutungsvollen Ausgrabungen bei Boghasköi teilnahm, hat in Kopenhagen Vorträge gehalten über seine Reiseerinnerungen aus Klein-Asien.

*

Der aktuelle Goethe

Wertbeständige Xenien

Die große Koalition

Wo Parteien entstehen, hält jeder sich hüben und drüben,
Viele Jahre vergehn, eh' sie die Mitte vereint.

*

Parteisucht

Jene machen Partei; welch unerlaubtes Beginnen!
Aber unsere Partei, freilich, versteht sich von selbst!

*

Staatsminister Exz. Goethe an seinen Kollegen Dr. Stresemann

Nie gelingt es der Menge, für sich zu wollen; wir wissen's.
Doch wer versteht, für uns alle zu wollen — er zeig's!

Literatur

* **Leo von Meyenburg: Gilles der Weichherzige.** Mit sechs Originalzeichnungen von Hugin. Verlag Grethlein u. Co., Leipzig-Zürich. — Leo von Meyenburg tritt zum erstenmal mit einem größeren Roman hervor. Gilles ist eine Figur, die der Volksgeist lebendig erhielt, um Humor und Witz über die heilige Einfalt weißer Seelen auszuschütten, die an das Gute in den Menschen glauben müssen. Gilles wirft seine letzten Silbertaler wundergläubigen Bettlern vor die Füße, um ihnen Madonnenwunder vorzutäuschen, und stiehlt die Madonna aus der Nische, als die Silbertaler ausgehen. Eine wunderbare Sofapuppe reicht aus, um ihn die Reize aller Isabellen erleben zu lassen, während die anderen mit heißblütigen Colombinen u. ihren dürftigen Realitäten sich begnügen müssen. Hämischer und Spott schleichen sich an ihn heran, weil sie ihm das Glück des Glaubens und der erlebten Wunder neiden, und müssen mit merkwürdiger Wehmut ergebnislos abziehen. Menschen der Wirklichkeit narren ihn, finden sich aber betrogen in der Bilanz ihrer Weltwirklichkeit; und der weiße Geselle hält seinen heiligen Wahn in beiden Händen gefangen und küßt ihn, als ob er Wirklichkeit wäre. Mit einer Fülle von geistreichen und saumig schillernden Einfällen, formgewandt und graziös hat Leo von Meyenburg seinen Helden ausgestattet und ihn abgehoben von der Welt der Realisten.

MARCHIVUM

trotzdem ein fester Preis ausgemacht und bezahlt wurde, starke Nachforderungen erfolgten. Es sei den Käufern zumteil ganz unmöglich, die Beträge so schnell beizubringen, wie es gewünscht werde. Es sei dringend geboten, die nötige Vorsicht im Verkauf walten zu lassen. Ein Vertreter des Kartoffelgroßhandels erwiderte hierauf, daß er den Gedanken der Vorauszahlung am meisten bekämpft habe. Wenn die norddeutschen Bauern so wären wie die badischen, hätte man überhaupt keine Kartoffeln in Mannheim. Unter den 250 Wagen, die bis jetzt nach Mannheim kamen, waren gleich zu Anfang zwei schlecht, am Samstag vier. Die Ursache sei vielleicht auf das Bemühen zurückzuführen, die Städte so rasch als möglich zu versorgen. Ein anderer Großhändler stellte fest, daß der tägliche Konsum außergewöhnlich viele Kartoffeln wegnimmt. Wenn die badischen Bauern einige hundert Wagen geliefert hätten, wäre die Versorgung wesentlich erleichtert worden. Dabei sei begreiflicherweise die badische Ware wesentlich besser als die norddeutsche. Von einer Sortierung der norddeutschen Kartoffeln sei keine Rede mehr. Der Umschlag sollte auch schneller erfolgen. Bürgermeister Dr. Walli erwiderte hierauf, er habe die Führung von Kartoffelzügen angeregt, die zwei Tage bis hierher brauchen, während sie jetzt 11—12 Tage laufen. Wie von Händlerseite ferner festgestellt wurde, ist die Ernte gut in Baden. Ohne die Bauern zu entblößen, habe ein Händler erklärt, könnten allein 50 Wagen aus dem Eppinger Bezirk zur Verfügung gestellt werden. In Sinsheim wurde in einer Versammlung der Kartoffelpreis auf 4 Milliarden festgesetzt. Das ist das Doppelte des Friedenspreises. Sch.

Briefmarkenmangel

Der Mangel an hochwertigen Briefmarken zu Zeiten der Portoerhöhungen hatte die Handelskammer Mannheim veranlaßt, beim Reichspostministerium den Antrag zu stellen, daß mit der beschleunigten Herstellung nicht nur die Reichsdruckerei, sondern auch private Druckereien an verschiedenen Orten des Reiches beauftragt werden. Außerdem sollte das Ministerium sich erneut mit der Frage der Einführung von wertbeständigen Briefmarken befassen in der Form, daß künftig Marken mit dem Ausdruck einer bestimmten Zahl, welche die Wertkategorie einer besonderen Gebührenordnung bezeichnet, verkauft werden. Der Vorschlag ist so gedacht, daß in einer neuen Gebührenordnung die im Preise gleich zu haltenden Leistungen der Post zu einzelnen Kategorien zusammengefaßt und mit Nummern bezeichnet werden. Die Nummern dieser Kategorien wären auf die Marken aufzudrucken, während die Preise aus der Gebührenordnung ersehen werden könnten. Den Vorschriften des Weltpostvereins soll durch besondere Farbtönungen genügt werden. Damit wäre vor allen Dingen finanziell der Reichspost geholfen gewesen und auch der Schalterverkehr bei den einzelnen Postämtern in ruhigere Bahnen gelenkt worden. Der Herr Reichspostminister hat nun der Handelskammer mitgeteilt, daß er private Druckereien beauftragt habe und damit hoffe, den Markenmangel beseitigen zu können. Dem Antrag auf Einführung wertbeständiger Briefmarken könne er nicht zustimmen, da gewichtige Bedenken finanzieller-, verwaltungs- und kassentechnischer Art entgegenstehen würden. Außerdem müssen nach den Bestimmungen des Weltpostvertrages Freimarken im Verkehr mit dem Auslande die Angabe ihres Wertes in Zahlen tragen.

Um trotzdem den Schalterverkehr wieder einigermaßen erträglich zu gestalten, hat nunmehr die Handelskammer den Antrag gestellt, den Großverkauf von Briefmarken an die Geschäftswelt von dem Schalterverkehr abzulösen und die Versorgung der Firmen auf dem Wege der Bestellung und Lieferung vorzunehmen. Die Großkäufer von Briefmarken sollten in Zukunft ihre Bestellungen unter Beifügung von Verrechnungsschecks schriftlich aufgeben, während die Post die gewünschten Marken den Bestellern entweder zustellt oder — wie es in den meisten Fällen geschehen könnte — im Schließfach des Bestellers für diesen bereit hält. Es bleibt abzuwarten, wie sich der Herr Reichspostminister zu diesem Vorschlage verhält.

* **Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten** (Ernährung, Heizung, Beleuchtung und Bekleidung) stellt sich nach den Feststellungen des statistischen Reichsamts für den 15. Oktober auf das 691,9millionenfache der Vorkriegszeit. Die Steigerung gegenüber der Vorwoche (109,1 Millionen) beträgt demnach 534,2 Proz.

* **Eine Verordnung über die Ausfuhr von Kartoffeln** ist vom Arbeits- und Wirtschaftsministerium erlassen worden. Darnach darf vom 20. Oktober ab für die Dauer eines Monats der Versand von Kartoffeln nur unter bestimmten Voraussetzungen erfolgen. Der Erlaß der Verordnung war angesichts der ungünstigen Versorgung der Bevölkerung mit Kartoffeln ein dringendes Erfordernis. Die Bestimmungen ermöglichen, einer unerwünschten Ausfuhr von Kartoffeln vorzubeugen ohne den berechtigten Ansprüchen der an Hessen angrenzenden nichthessischen Städte und größeren Gemeinden Abtrag zu tun. Die Verordnung war auch aus dem Grunde veranlaßt, daß Bayern, Württemberg und Baden schon vor einigen Tagen die Zustimmung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft zu gleichartigen Anordnungen erhielten, so daß zu erwarten stand, daß Hessen von einer Unzahl außerhessischer Aufkäufer heimgesucht würde, wodurch die Eigenversorgung noch mehr gestört worden wäre, als es durch die Zerrüttung unserer Währung schon ist.

* **Ein kleines Schadenfeuer** wurde in O 5 durch ein mit Streichhölzern spielendes Kind verursacht, das unter einem Dach liegendes Reisig in Brand steckte. Der Schaden ist unbedeutend. Beim Eintreffen der Berufsfeuerwehr war das Feuer durch Hausbewohner bereits gelöscht.

Veranstaltungen

Theaternachricht. Die auf Mittwoch, den 17. Oktober, angesetzte Uraufführung von „Sirill am Wrack" mußte infolge des Generalstreiks auf Samstag, den 20. Oktober, verschoben werden. Die Vorstellung findet in Miete D, Reihe 2, zweite Vorstellung statt. Die zu dieser Aufführung gelösten Eintrittskarten behalten ihre Gültigkeit. Die Vorstellung „Die Erwachsenen" am Samstag und die Vormittagsaufführung „Freiheit" am Sonntag fällt aus. Am Sonntag Abend wird anstelle von „Fidelio" Rich. Wagners „Lohengrin" gegeben. Die Vorstellung beginnt um 6½ Uhr.

Max Reger-Abend. Heute Donnerstag abend findet in der Harmonie der auf Veranlassung der Freien Volksbühne veranstaltete Max Reger-Abend statt, bei dem das Mannheimer Quartett (Max Kergl, Bernhard Conradi, Franz Neumaier und Karl Müller) zusammen mit Hans Bruch das Klavierquintett c-moll zum Vortrag bringen werden. Außerdem gelangen die Violinsonate Op. 91 und die Mozartvariationen für zwei Klaviere zur Aufführung.

Der Sonntagabend im Nibelungensaal „Bunte Sträuße" ist der allgemeinen Lage wegen zunächst auf übernächsten Sonntag verschoben worden. Den kommenden Sonntag ist also im Nibelungensaal keine städtische Veranstaltung.

Aus dem Lande

* **Rohrbach** bei Heidelberg, 17. Okt. Im Pulverhaus Wilhelm Beisel bei Rohrbach wurde nächtlicherweise eingebrochen und dabei ein Zentner Sprengpulver und eine Menge Jagdmunition entwendet. Das gestohlene Material hat einen Wert von über 100 Milliarden Mark. Von den Tätern fehlt bis jetzt noch jede Spur.

)(**Weinheim**, 17. Okt. Eine große Aufregung herrscht zur Zeit unter der Einwohnerschaft, da allabendlich Trupps von 20 bis 30 Burschen durch die Straßen ziehen, Ruhestörungen verüben und die Passanten anfallen. Die Burschen sind mit Stöcken, Gummiknüppeln und Schlagringen bewaffnet, mit Masken und Scheinwerfern ausgerüstet. Sie treten in der frechsten Weise auf, sodaß es schon mehrfach große Schlägereien gegeben hat.

)(**Freiburg**, 17. Okt. Ein 24jähriger Student stürzte eine Kellertreppe hinab und erlitt einen Schädelbruch, an dessen Folgen er gestorben ist.

* **Engen**, 17. Okt. Die von hier und der Umgegend zur Gründung der „Hegau-Kolonie" nach Brasilien auswandernden Leute haben am Sonntag die Ausreise angetreten. Die Familien der Auswanderer folgen erst später. Eine große Menschenmenge hatte sich auf dem Bahnhof eingefunden, um den Auswanderern den letzten Abschiedsgruß zuzuwinken.

Die Entwicklung der Kleinhandelspreise in Mannheim

nach den Ermittlungen des Städtischen Preisprüfungsamtes*)

Lebensbedürfnisse	Juli 1914	1. 1. 22	1. 4. 22	1. 7. 22	1. 10. 22	1. 1. 23	1. 2. 23	15. 2. 23	1. 3. 23	3. 4. 23	15. 4. 23	2. 5. 23	15. 5. 23	1. 6. 23	15. 6. 23	2. 7. 23	15. 7. 23	1. 8. 23	15. 8. 23**)	1. 9. 23	15. 9. 23	1. 10. 23***)	15. 10. 23
	Häufigster Preis in Mark für 1 Pfund																						
Brot (Marken)	0,16	1,87	3,47	3,90	9,80	73,33	150	177	177	228	217	217	217	217	633	783,34	1117	2767	10,333	42,333	116,667	5,2	36,67
Brot (markenfr.)	0,16	3,00	6,00	7,00	32,50	225	400	900	800	800	800	800	925	1400	1850	4250	9500	25000	90	300	3500	9,5	112,5
Weizenmehl	0,20	5,50	9,50	14,00	60	300	975	1250	1000	1000	1000	1250	1300	2300	3000	5800	13000	40000	175	440	5000	12	240
Graupen	0,20	5,70	8,00	13,50	46	300	875	1200	1200	1100	1200	1000	1100	1900	2000	4800	7500	38000	190	400	2600	13	300
Weizengrieß	0,22	6,20	10,50	14,00	60	290	975	1400	1200	1050	1050	1200	1500	2200	2800	7000	15000	42000	220	450	6000	15	270
Haferflocken	0,24	4,80	7,50	14,50	70	330	750	1100	1100	950	1000	1100	1200	1600	2000	4500	10500	38000	220	400	3200	14	540
Nudeln (Wasserw.)	0,42	8,50	12,00	15	60	350	950	1050	1500	1150	1150	1200	1250	2000	3800	6600	16000	70000	380	1200	8000	16	810
Reis (mittl. Güte)	0,24	5,75	10,00	16	65	350	900	1200	1000	1100	1200	1200	1300	2500	3600	5400	8500	42000	200	720	8000	17	450
Zucker	0,25	6,50	9,50	15	40	250	500	500	840	1450	1450	1500	1500	1500	1850	1850	—	5300	—	475	—	19,5	498
Kaffee	1,25	44	72	140	560	3400	8000	14000	16000	10000	16000	15000	16000	26000	30000	73000	86000	160000	1000	6440	76000	110	3360
Salz	0,10	0,60	0,95	1,25	4,40	24	50	50	50	150	150	150	150	150	200	220	470	950	4,2	45	230	1,4	90
Erbsen (gelbe)	0,21	5,50	7,20	12,50	55	360	650	1300	1200	1300	1300	1300	1300	1300	2100	5200	7500	38000	180	550	2800	13	450
Bohnen (weiße)	0,16	3,60	6,00	6,50	36	250	650	1300	900	900	900	900	900	1600	2800	4200	8500	40000	180	550	3000	11	450
Linsen	0,33	10,00	12,00	18	110	360	700	1500	1400	1400	1400	1400	1400	2400	2400	4000	8500	—	200	—	—	—	—
Milch (Liter)	0,22	4,40	7,00	10	40	188	336	336	600	600	700	860	860	1240	1240	3200	6000	15000	54	296	848	17,3	112
Tafelbutter	1,40	48	70	80	400	1800	5500	8400	7500	9000	9800	10000	9600	18400	15000	31000	43000	220000	1400	3800	40000	100	1800
Margarine	0,90	26	32	40	210	980	5100	4100	3500	2850	3000	4400	5300	8000	12000	28700	31000	116000	800	1725	16500	37	980
Schweineschm. (ausl.)	0,70	26	45	66	290	1500	6000	5000	4400	3650	3700	5000	7500	9800	15000	25000	35000	200000	900	2750	25000	60	1600
Speiseöl (Liter)	1,20	36	50	110	350	1700	6500	8400	6600	5200	5800	7200	12000	17000	23000	37000	52000	220000	1200	4000	36000	90	2200
Kernseife	0,32	13	16	23	180	600	1800	2500	2300	2300	2300	2500	2880	4250	7500	15000	17700	113500	400	1350	12500	40	850
Eier (frische) Stck.	0,07	4,40	4,20	6,50	21	95	300	400	350	425	430	400	530	680	880	1550	4000	12000	56	300	1800	8,5	100
Rindfleisch (I. Qual.)	0,85	14	34,25	54	164	720	2600	4600	4000	4000	4800	5600	6800	9200	18000	15200	36000	100000	720	2000	14000	56	600
Kalbfleisch	0,80	16	34,25	56	160	800	2600	4000	3600	4000	4800	5400	6800	8400	18000	15000	36000	92000	720	2000	14000	56	600
Schweinefleisch	0,75	26	34,25	68	240	940	3000	4600	4200	4200	4600	5400	6800	8400	18000	28000	38000	100000	960	2400	16000	84	1000
Pferdefleisch	0,40	7	14	24	70	300	1000	1600	1800	2000	2000	2000	2200	4000	5000	8000	14000	40000	200	1000	6000	20	80
Kartoffeln neue	0,04	1,60	2,90	3,20	4,80	11	15	18	22	60	55	55	60	80	130	4000	3500	8000	22	60	280	1,8	20
Weißkraut	0,04	1,70	6,50	—	4,50	20	80	160	250	380	380	—	—	—	—	—	—	6000	35	140	600	3,5	22
Rotkraut	0,05	2,50	8,00	—	8	80	150	280	320	420	450	—	—	—	—	—	—	8000	38	200	700	5	40
Wirsing	0,05	2,00	8,00	8,00	—	40	120	180	200	350	350	—	—	1000	1400	1500	2000	4000	35	130	650	3,5	20
Spinat	0,30	1,10	3,80	—	—	100	280	400	600	900	600	350	600	700	700	—	—	15000	35	250	1600	6	25
Gelbe Rüben	0,06	1,60	4,00	—	4,50	20	60	60	100	100	120	120	120	—	—	2400	4500	8000	28	100	400	3,5	25
Rote Rüben	0,07	1,80	4,00	3,00	—	25	50	60	80	100	100	100	120	200	300	—	—	7000	10	60	300	4	18
Zwiebeln	0,11	1,60	6,50	10	11	30	60	60	80	100	100	180	600	850	2000	3500	5000	5000	35	130	800	2,5	40
Sauerkraut	0,11	2,20	5,50	—	15	40	45	45	60	60	60	60	60	80	80	150	—	—	—	—	—	—	32
Fettschrot (Ztr.)	1,15	45,60	64,00	95,70	360	2215	3590	6300	10670	10670	10670	10670	10670	—	19100	—	—	—	—	—	—	—	—
Braunkohlenbrik. Ztr.	1,15	31,90	47,00	74,90	255	1630	2730	4890	7530	7530	7400	7400	7400	9970	14300	27000	39000	79500	262	3610	10600	105	2800
Gaskoks (Ztr.)	1,55	51,60	74,50	114	501	3050	5030	5030	15090	15090	13590	13590	15090	20700	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Brennholz gesp. (Ztr.)	0,90	33,50	43,00	102	340	1820	3910	5000	5000	8540	8540	10290	10290	16100	23300	33000	41500	115500	390	4900	29000	104	1190
Gas (cbm)	0,13	2,90	3,40	7,20	30	200	610	610	670	730	630	630	630	—	—	2100	2100	8400	8,4	200	500	9,747	117,888
Lichtstrom KWst.	0,38	6,60	7,80	17	75	594	1750	1750	2000	2250	1800	1800	1800	—	—	5400	5400	21600	21,6	590	1380	28,156	311,100
Petroleum (Liter)	0,20	9,00	11,00	13	70	400	1250	1600	1500	1300	1300	1600	1800	3000	3600	5300	12500	42000	160	750	9000	20	400

*) Ermittelt werden jeweils die häufigsten Preise, die naturgemäß mit dem im einzelnen Fall gezahlten Preis vielfach nicht übereinstimmen
) in tausend Mark *) in Millionen Mark.

(Nachdruck verboten.)

* **Meersburg**, 15. Okt. Ueber das Ergebnis der Weinlese, die in der vergangenen Woche zum größten Teil beendet worden ist, schreibt das hiesige „Gemeindeblatt" daß der diesjährige Wein zu den besten Jahrgängen der Zeit zählen wird. Die Trauben waren gesund und reif, wie nur selten. Kein Hagel und kein Frost hat die Ernte beeinträchtigt.

Nachbargebiete

* **Neustadt a. d. H.**, 17. Okt. Wie jetzt festgestellt ist, beläuft sich der Schaden, den die Demonstranten bei dem Sturm auf das Rathaus verursachten, auf mindestens 10 Billionen ℳ. Die Vertreter der einzelnen Fraktionen mußten in einer Sonntagssitzung des Stadtrats anerkennen, daß seitens der Stadtverwaltung alles geschehen war, um die berechtigten Forderungen der Arbeiterschaft auf Auszahlung auskömmlicher Löhne zu unterstützen. Die nötigen Zahlungen waren zum Teil bereits vorgenommen oder noch im Gange, so daß kein Grund zu Gewalttätigkeiten bestanden hätte. Auch bei diesen Unruhen waren es wieder unverantwortliche Elemente, die die Ausschreitungen inszenierten und leiteten. Der Vorsitzende des freien Gewerkschaftskartells in Neustadt empfahl anläßlich der Stadtratssitzung dringend, diese Elemente wie Pestkranke zu meiden.

)(**Darmstadt**, 17. Okt. Gestern Abend nach ¼10 Uhr entgleiste auf dem Bahnhofe Zwingenberg der hintere Teil eines Güterzuges und geriet auf das Nebengeleise in dem Augenblick, als ein Güterzug in voller Fahrt aus entgegengesetzter Richtung einfuhr und auf den entgleisten Zugteil auffuhr. Der Zusammenstoß war so stark, daß ein gewaltiger Materialschaden entstanden ist. Das alte Stellwerk am südlichen Uebergang von Zwingenberg wurde vollständig weggerissen. Der Verkehr war bis heute morgen 6 Uhr gesperrt. Menschenleben sind bei dem Unfall nicht zu Schaden gekommen.

Kommunale Chronik

Die Protestbewegung gegen die Gas- und Strompreis-Berechnung

Aus Darmstadt wird gemeldet, daß sich gegenwärtig dort ein scharfer Kampf der Bürgerschaft gegen die Stadtverwaltung und die Heag bemerkbar macht. Selbst gemäßigte Blätter nehmen Stellung gegen die Licht- und Gasberechnung in Gold, die von der Bürgerschaft nicht geleistet werden kann. Als Beispiel für die Undurchführbarkeit des Ansinnens, die Gas- und Lichtpreise in Gold zu bezahlen, sei mitgeteilt, daß für den mittleren Haushalt eine Rechnung von etwa 40 Milliarden Papiergeld für Gas zu zahlen wäre, dagegen die Einnahmen eines Angestellten für die erste Hälfte des Monats etwa 11—15 Milliarden Mark betragen.

Staatsanwaltschaftliches Ermittlungsverfahren gegen den Vorstand der Frankfurter Gasgesellschaft

Von der Frankfurter Staatsanwaltschaft ist gegen den Vorstand der Frankfurter Gasgesellschaft am Samstag vormittag von Amts wegen ein Ermittlungsverfahren eingeleitet worden. Dieses Verfahren wird insbesondere der Aufklärung dienen, ob nicht die Höhe des am 13. Oktober bestimmten Gaspreises, ferner die Angaben, die der Verbraucherschaft über die Rechtsgrundlage der festgelegten Rückwirkung dieses Gaspreises gemacht sind, endlich die Art, wie die Einziehung der fälligen Gasrechnungsbeträge erfolgt, Strafbestimmungen sowohl der Preistreibereiverordnung wie des Strafgesetzbuches verletzen. Staatsanwaltschaft und Kriminalpolizei haben unmittelbare Erhebungen in den Geschäftsräumen der Gasgesellschaft vorgenommen.

*

≠ **Baden-Baden**, 17. Okt. Im großen Rathaussaale wurde unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters eine Sitzung des Bürgerausschusses abgehalten, in der ein Antrag des Stadtrates wegen Verkauf von Baugelände auf der Friedrichshöhe zur Beratung stand. Wie aus der Vorlage zu ersehen ist, hat der Stadtrat mit der Oberrheinischen Immobilien-Aktiengesellsch. in Freiburg einen Vertrag dahingehend abgeschlossen, daß der letzteren auf der Friedrichshöhe ein Baugelände von 11 700 Quadratmetern käuflich überlassen wird zum Preise von 2 Goldmark je Quadratmeter. Die Freiburger Gesellschaft wird das Gelände in Verbindung mit der Oberrh. Bauindustrie-Aktien-Gesellschaft der Bebauung zuführen und zwar sind für die Einteilung des Geländes und für die Lage und Höhe der Neubauten die Pläne des Oberbaurates Sänger-Karlsruhe maßgebend. Mit der Bebauung des Geländes muß im Frühjahr 1924 begonnen werden. Im ersten Jahre sind mindestens sechs Häuser in Angriff zu nehmen. Bis zum Ablauf des Jahres 1925 sind im Gesamten elf Häuser zu erstellen. Für die Bauausführung müssen als Lieferanten und Handwerker vorzugsweise Gewerbetreibende der Stadt B.-Baden Berücksichtigung finden, denen die Verpflichtung auferlegt wird, nur in Baden-Baden ansässige Arbeiter zu beschäftigen. Der Vorsitzende wies bei Begründung der Vorlage darauf hin, daß sie u. a. auch Arbeitsgelegenheit für Arbeitslose und Beschäftigung des Handwerks bringen werde. Mit Ausnahme der Kommunisten, traten die Redner aller Parteien für die Vorlage ein, die mit 73 gegen 6 Stimmen angenommen wurde.

Sportliche Rundschau

Flugsport

ks. **Oesterreichische Segelflugwoche.** Nach dem Regenwetter der ersten Tage gestattete der Montag endlich einigen Flugbetrieb. Stamer flog auf dem Weltensegler „Hols der Teufel" 4 Minuten lang. Der Hannoveraner Martens leistete sich einen 5 Km.-Flug vom Waschberg nach Leitzenbrunn und Meß-Darmstadt blieb mit „Strolch" 8 Minuten in der Luft. Der Wiener Hauptmann Hofer hatte leider einen schlechten Start, wobei sein Apparat zu Bruch ging. Glücklicher war sein Landsmann Ehrlich, der einen Streckenflug von ca. 1 Km. ausführte.

Wassersport

* **Die Mannheimer Kanugesellschaft in Heidelberg.** Am vergangenen Sonntag weilten die Rennmannschaften der Mannheimer Kanugesellschaft in Heidelberg, wo der Heidelberger Kanuverein auf dem Neckar seine erste interne Regatta abhielt. Im Einerkanadier (Gästerennen) war Becht (M. K. G.) der Sieg nicht zu nehmen. Ihm folgten an zweiter und dritter Stelle Kanugesellschaft Neckarau und Heidelberger Rudergesellschaft. Im Doppelkanadier (Gastrennen, Dame und Herr) schlug das Paar Frl. Bender-Becht (M. K. G.) eine Mannschaft desselben Vereins. Weniger glücklich waren die Mannheimer im Doppelkajak, für den 16 Meldungen eingegangen waren. Dieses Rennen sicherte sich der Wassersportverein Vorwärts Mazau.

Radsport

ks. **Für das Sechstagerennen in Chicago**, das Ende dieses Monats seinen Anfang nimmt, sind bisher folgende europäischen Fahrer fest engagiert worden: Bauer, Tietz, van Kempen, Moeskops, Brocco, Berri, Tomani, Buggieri, A. Ferrario, Rejatti, Debeats und Chardon.

Neues aus aller Welt

— **Einbruch in ein hessisches Schloß.** In dem Schloß des ehemaligen Großherzogs von Hessen in Wolfsgarten wurde ein schwerer Einbruch verübt. Den Dieben fielen Betten, Tische, Stühle und dergleichen in die Hände. Fünf Personen sind unter dem Verdacht der Täterschaft verhaftet worden.

— **Schweres Autounglück.** Von der Staatsstraße Eglosheim—Wohenstange (Württemberg) aus bemerkten Passanten auf einem Wiesenstück einen stark beschädigten Kraftwagen, in dessen Nähe ein tödlich verunglückter Mann lag. Die sofort aufgenommene Untersuchung ergab, daß es sich hier um einen Unglücksfall handelte. Der Verunglückte, Leo Frisch, Prokurist der Holzgroßhandlung J. Hengstenberg in Heilbronn, war auf der Heimreise von einer größeren Geschäftsreise begriffen. Nach Mitternacht soll in voller Fahrt plötzlich das Licht ausgegangen sein. Durch starkes Bremsen kam der Kraftwagen auf der schlüpfrigen Straße ins Gleiten, fiel über eine kleine Ueberfahrtsbrücke in eine Wiese hinein und überschlug sich. Der Chauffeur wurde aus dem Wagen geschleudert, während Prokurist Frisch zwischen Sitz und Steuerrad eingepreßt wurde und schwere Verletzungen an der Brust erlitt. Der Chauffeur, der ebenfalls, jedoch nicht lebensgefährlich, verletzt wurde, eilte hilfesuchend auf die Lichter des Bahnhofs Asperg zu; in seiner Verwirrung wurde er aber besinnungslos und vermochte nachts den Hergang nicht mehr zu erzählen. Der auf so bedauerliche Weise Verunglückte hinterläßt Frau und zwei Kinder. Der Fall ist auch insofern noch von besonderer Tragik, als die Heilbronner Firma in Jahresfrist zwei Prokuristen durch Kraftwagenunfälle verloren hat.

— **Durchseuchte Kaninchen gestohlen.** Vor einigen Tagen wurden aus dem Tierstall der Augenklinik in Göttingen mehrere Kaninchen gestohlen. Die gestohlenen sowie fast sämtliche übrigen Tiere sind schwer mit Syphilis und Tuberkulose durchseucht. Die Krankheit ist bei den Tieren äußerlich nicht sichtbar. Es ist durchaus mit der Möglichkeit zu rechnen, daß sich die Krankheit der Tiere durch den Genuß des Fleisches oder das Herrichten der Felle auf den Menschen überträgt. In diesem Falle werden sich erst nach Monaten die Erscheinungen geltend machen.

— **Die Abwanderung der Taschendiebe.** Eine Hochkonjunktur brachte der Streik bei der Berliner Hoch- und Untergrundbahn den Taschendieben. Die Stillegung führte zu einem großen Andrang auf den Straßenbahnlinien, und die Taschendiebe wanderten sofort mit den Fahrgästen ebenfalls zur Straßenbahn ab. Drei dieser Spezialisten, die bisher auf der Hochbahn gearbeitet hatten, wurden von Beamten der Sonderstreife der Kriminalpolizei allein auf einer Linie auf frischer Tat ertappt.

— **Ein schlesisches Schloß geplündert.** Das Schloß Manze bei Manze (Schlesien) ist von einer Räuberbande ausgeraubt worden. Aus dem Familienbesitz, der viele Jahrhunderte alt ist, wurden Gold, Silber und antike Kupfergegenstände in großer Menge geraubt. Der Kunstwert ist zahlenmäßig gar nicht anzugeben, der Edelmetallwert beträgt mehrere Billionen. Unter den entwendeten Gegenständen befinden sich Geschenke von Friedrich dem Großen, mehreren Königen von Schweden und anderen Monarchen, sowie historische Bilder aus der Zeit Friedrichs des Großen. Von den Tätern fehlt vorläufig jede Spur.

— **Zehn Tage eingeschlossen.** Im Bergwerk von Falkirk in England, in dem, wie mitgeteilt, ein größere Anzahl Bergleute verunglückte, wurden jetzt noch fünf Bergleute gerettet, die seit dem Unglück vor zehn Tagen ohne Nahrungsmittel in der Grube eingeschlossen waren.

MARCHIVUM

Handelsblatt des Mannheimer General-Anzeiger

Dollarschätze und Goldanleihe als Zahlungsmittel

Die neuen Zahlungsbedingungen der Vereinigung deutscher Linoleumfabriken sehen laut Konfektionär Berechnung in Goldmark vor, welche entweder durch Ueberweisung in Papiermark oder Hingabe von Dollarschatzanweisungen und Goldanleihe beglichen werden können. Papiermarkzahlen haben angesichts der verspäteten Gutschrift durch die Banken in Reichsbankschecks durch Reichsbankgiro oder auf Postscheckkonto zu erfolgen und werden mit demjenigen Goldmarkbetrage angerechnet, der sich bei der Umrechnung der Papiermark zum amtlichen Berliner Dollarbriefkurs am Tage nach dem Zahlungseingang ergibt. Ueberschießende Beträge werden dem Käufer in Goldmark gutgeschrieben. Dollarschatzanweisungen und Goldanleihe werden zum Einheitskurs der nächsten Berliner Börsennotierung am Tage nach dem Zahlungseingang gutgebracht.

In gleicher Weise hat der Verein sächsisch-thüringischer Webereien mit Wirkung vom 4. Oktober seine Verbandsbedingungen geändert und auch Goldanleihe und Dollarschatzanweisung in den Zahlungsverkehr aufgenommen. Der Käufer hat die Verkaufsspesen der Banken zu vergüten. Der nach Abzug dieser Spesen verbleibende Nettobetrag wird zum amtlichen Einheitsbriefkurs, welcher in dem auf den Eingang folgenden Notierungstag an der Berliner Börse festgesetzt wird, gutgeschrieben, jedoch mit der Maßgabe, daß für Bezahlung die Abrechnung von Edelwährungs-Rechnungsbeträgen die Repartierungsklausel entsprechend Anwendung findet. Diese Repartierungsklausel aber, die sich auf 66⅔ der Papiermarkzahlung für Verkäufe in reiner Edelwährung erstreckt, verhält sich folgendermaßen: Zum amtlichen Kurs für Wechsel (Brief) des auf den Eingangstag der Zahlung bzw. Gutschriftanzeige folgenden ersten Devisennotierungstages der Berliner Börse wird die an dieser Börse an diesem Tage zugeteilte Repartierungsquote, von einem verbleibenden Restbetrag wird zum Kurse des zweiten Devisennotierungstages die Repartierungsquote dieses Tages abgerechnet und so fort. Ein nach dem 4. Devisennotierungstage verbleibender Rest wird voll zum Kurs des 5. Devisennotierungstages abgerechnet.

Neue süddeutsche Aktiengesellschaften

Metag Metallwaren-Gesellschaft A.-G. in Nürnberg. Mit 50 Mill. ℳ Grundkapital, eingeteilt in 450 Stamm- und 50 Vorzugsaktien zu je 100 000 ℳ, letztere mit 9fachem Stimmrecht, wurde diese A.-G. errichtet. Die Gründer haben sämtliche Aktien zu pari übernommen. Vorstand: Moritz Gans, Kaufmann in Nürnberg. Aufsichtsrat: Rechtsanwalt Dr. Heinrich Schloß II (Vors.), Bankier Karl Bander (stellv. Vors.) sowie die Kaufleute Joseph Rosenfelder und Simon Wassermann, sämtlich in Nürnberg.

G. E. Schätzler jun. A.-G. in Nürnberg. Mit einem Grundkapital von 20 Mill. ℳ, eingeteilt in 4000 Stammaktien zu je 5000 ℳ, die sämtlich von den Gründern zu 130 Prozent übernommen wurden, ist diese A.-G. errichtet. Gegenstand: Betrieb einer Metallgießerei und die Fabrikation von Bronzefarben, Blattgold, Blattmetallen, Rauschgold und Folien. Vorstand: Heinr. Jakob und Heinr. Johann Schätzler, Fabrikbesitzer in Nürnberg. Aufsichtsrat: Fabrikbesitzer Johann Adam Schätzler, Fabrikbesitzer Georg Ernst Schätzler, Fabrikbesitzer Heinrich Stadler, Baurat Johann Thomas Schätzler-Cuxhaven und Bankier Martin Kohn in Nürnberg.

* **Der Goldumrechnungssatz für Reichssteuern.** Für die Reichssteuern beträgt der Goldumrechnungssatz vom 20. bis 25. Oktober einschließlich 936 Millionen Papiermark für je eine Goldmark.

* **Das neue Goldzollaufgeld.** Vom 20. bis 23 Oktober einschließlich beträgt das Goldzollaufgeld 93 599 990 900 vom Hundert. Eine Goldzollmark = 936 Millionen Papiermark.

* **Bad. Mergentheim A.-G.** Die ao. G.-V. beschloß, unter Berücksichtigung der ungeheueren Geldentwertung, einstimmig, das Bezugsrecht in der Weise festzusetzen, daß auf 10 alte Aktien 1 junge Aktie zum Preise einer Goldmark für die Aktie — zu berechnen nach dem vor dem Tage des Ablaufes der Frist für die Ausübung des Bezugsrechtes letzt notierten amtlichen Berliner Briefkurse des Dollars — zuzüglich einer vom Aufsichtsrat festzustellenden Bezugsrechts-Pauschale bezogen werden kann. — In den Aufsichtsrat zugewählt wurden: Direktor Gustav Benario von der Deutschen Effekten- und Wechselbank in Frankfurt a. M., Hausmarschall Edmund Weich, Coburg und Bankier Martin Aufhäuser vom Bankhaus H. Aufhäuser in München.

* **Homburger Eisenwerk, A.-G., vorm. Gebr. Stamm, Homburg (Saargebiet).** Die im Jahre 1920 in eine Aktiengesellschaft mit 5 Mill. ℳ Aktienkapital verselbständigte Gesellschaft, an der mittelbar französisches Kapital mit 40 Prozent beteiligt ist, erzielte 1922/23 nach 38,76 (2,99) Abschreibungen 1548,10 Mill. ℳ Reingewinn (i. V. 9,82 Mill. ℳ Verlust), woraus 9006 Prozent Dividende verteilt, 500 Mill. ℳ Reserven f. Werkserweiterung abgezweigt und 212,71 Mill. ℳ vorgetragen werden. Nach dem Bericht mußte der Absatz noch mehr, vor allem der Rohstoffbeschaffung wegen, nach valutastarken Ländern umgestellt werden. Die Umbauten zwecks rationellerer Betriebsausnutzung zeigten gute Resultate; die Produktion stieg gegen das Vorjahr im Gasrohrwerk um 10, im Siederohrwerk um 41, und im Schraubenwerk sogar um 68 Prozent, während der Kohlenverbrauch nur um 15 Prozent und die Arbeiterzahl um 20 Prozent zunahm. In der Bilanz stehen (in Mill. ℳ) 3849,43 (118,65) Bankschulden, 756,96 (14,16) Kreditoren u. 10 551,74 Wechsel gegenüber 6500,58 (32,28) Debitoren, 7542,60 (5,57) Bank- und Postscheckguthaben und 2376,10 (52,49) Vorräten. Beteiligungen sind mit 20,26 (14,67) bewertet. Die Aussichten für das laufende Geschäftsjahr haben sich nach Beendigung des Saarstreiks und der Wiederaufnahme des Exports gebessert.

* **Zahlung der Presseabgabe.** Die Handelskammer Mannheim weist darauf hin, daß die Presseabgabe in bar auf das Bankkonto der Rückvergütungskasse für die Deutsche Presse bei der Deutschen Bank, Depositenkasse Berlin W 9, Potsdamerstraße 127/128, oder auf das Postscheckkonto der Rückvergütungskasse beim Postscheckamt Berlin NW 7 Nr. 29 073 eingezahlt werden kann, um eine Verzögerung durch das Kleben von Presseabgabenmarken zu vermeiden, da letztere in den jetzt erforderlichen Werten bei der Post nicht mehr zu erhalten sind. Auf der Ausfuhrerklärung ist der Vermerk: „Ich (Wir) versichere, daß die Presseabgabe in Höhe von . . . . . ℳ bei der . . . . . eingezahlt ist“ anzubringen. Ein besonderer Nachweis der Einzahlung auf das betreffende Konto ist nicht zu führen. Gegebenenfalls genügt die Vorlage des Post- oder Bankeinlieferungsscheines.

* **Zahlungsschwierigkeiten in Berlin.** Aus Berlin wird berichtet, daß die Bankfirma Kochmann, Zeidler u. Co. seit gestern ihren Zahlungsverpflichtungen nicht mehr nachkommt. Die Gesamtverpflichtungen werden mit 1000 Billionen Papiermark beziffert. Die Firma hat erst kürzlich in Breslau eine Filiale eröffnet.

Börsenberichte

Mannheimer Effektenbörse

* **Mannheim, 17. Oktbr.** Die Tendenz war wieder außerordentlich fest bei lebhaften Umsätzen. Von Bankaktien sind: Bad. Bank 3500 G., Rhein. Creditbank 4000 bez. u. G. und Südd. Disconto 7000 G. Von chemischen Werten gingen Anilin zu 33 500, rat., und Rhenania zu den Kursen von 25 000 und 24 000 um. Bremen Besigheimer gefragt zu 15 000, ebenso Oelfabriken zu 10 000 und Westeregeln zu 50 000. Ferner wurden gehandelt: Benz zu 6000, Dampfkesselfabrik Rodberg zu 3000, Emaillierwerke Maikammer zu 14 000, Fahr zu 7000, Fuchs zu 1500, Heddernheimer zu 5000, Karlsruher Maschinenbau zu 7500, Knorr zu 5500, Braun Konserven zu 3000 und zu 3500, Mannheimer Gummi zu 1000, rat., Badenia zu 1900, Neckarsulmer zu 6000, Pfälz. Mühlenwerke zu 2000, rat., Pfälz. Nähmaschinen zu 4500, Rhein-Elektra zu 5500, Wayss u. Freytag zu 6500, rat., Zellstoffabrik Waldhof zu 14 000, Zuckerfabrik Frankenthal zu 10 000 und Zuckerfabrik Waghäusel zu 8500. Im Verkehr standen noch: Brauerei Sinner zu 3300 und Oberrheinische Versicherungs-Aktien zu 10 000.

Devisenmarkt

Neuer Rekord

Die flaue Markmeldung aus New York, von wo nachbörslich ein Kurs von 1½ = 6 666 666 666 gemeldet wurde, das jetzt allmählich einsetzende Bestreben, sich von der Papiermark loszulösen, um sich auf die neue Rentenmark einzustellen, die wenig zuversichtlich klingenden Nachrichten aus Paris über die Aufnahme der neuen deutschen Demarche und die Unruhen im deutschen Reich, das hat alles zusammengewirkt, um den Dollar einen neuen Höchstkurs erreichen zu lassen. Ohne Abgeber zu finden, nannte man heute im Frühverkehr folgende Kurse: New York 8,3—8,5, London 38—40, Holland 3,3—3,5, Schweiz 1,5—1,6, Brüssel 0,44—0,45, Paris 0,52—0,54, Italien 0,35 bis 0,30 und Prag 0,25—0,26 Milliarden, alles Geld.

New York, 17. Oktbr (WB) Devisen

	16.	17.		16.	17.		16.	17.
Frankreich	6,05	6,05	Schweiz	17,66	17,65	Spanien	13,62	13,57
Belgien	5,20	5,22	England	4,53	4,53	Italien	4,59	4,58

* **New York, 17. Okt.** Kurs der Reichsmark bei Börsenschluß 0,000 0002 Cents Geld, 0,000 0002¼ Cents Brief. Dies entspricht einem Kurs von 5000 Mill. bzw. 4706 Mill. ℳ für den Dollar (4444 Mill. bzw. 4211 Mill. ℳ).

Waren und Märkte

Steigende Großhandelspreise

Das Niveau der Großhandelspreise hob sich vom 9.—16. Oktober nach den Berechnungen des Statistischen Reichsamtes um 255,4 Prozent auf das 1093 millionenfache des Friedensstandes. In der gleichen Zeit stieg der Dollarkurs um 241,7 Prozent auf 4,1 Milliarden ℳ, so daß das Goldniveau der Großhandelsindexziffer (1913 = 100) eine Aufwertung von 107,6 (Gold) auf 111,9 (Gold) erfuhr. Diese wurde vorwiegend durch den Uebergang zur freien Brotwirtschaft herbeigeführt, wodurch die Herabsetzung der Kohlenpreise mehr als ausgeglichen wurde. Von den Hauptgruppen stiegen Einfuhrwaren um 285,2 Prozent auf das 1525 millionenfache und Inlandswaren um 247,3 Prozent auf das 1006 millionenfache und ferner Lebensmittel (im Großhandel) um 351,6 Prozent auf das 838 millionenfache und Industriestoffe um 192,7 Prozent auf das 1570 millionenfache des Friedensstandes.

*

* **Eisenpreise in Süddeutschland.** Die Süddeutsche Eisenzentrale in Mannheim hat ihrer neuen Liste Werkpreise zu Grunde gelegt, die sich zusammensetzen zu 70 Prozent aus den Preisen für Inlandsmaterial und zu 30 Prozent aus den Preisen für die unmittelbare Ausfuhr. Darüber hinaus seien die Werkspreise für Fein- und verzinkte Bleche sowie verzinktes Bandeisen an sich ermäßigt worden. Die Frachten sind berechnet auf Grund des Multiplikators von 350 Millionen. In Goldmark stellen sich die neuen Preise pro 100 kg je nach Zone wie folgt: Formeisen 29,30—30,60, Stabeisen 29,40—32,80, Universaleisen 31,60 bis 32,80, Bandeisen 36,30—37,60, Grobbleche 33—34,30, Mittelbleche 36,70—38,10, Feinbleche 41,10—42,60, unter 1 mm 44,10—45,50, Bandeisen verzinkt 63,40—64,80, verzinkte und verbleite Bleche 1—2 44,70—46,20, 3—8 46—47,40, 9 48,40 bis 49,90, 10 52,10—53,60, 11—12 54,60—56,10, 13 55,80—57,30, 14 57,10—58,50, 15 58,30—59,80, 16 59,50—61, 17 60,80—62,20, 18 63,30—64,70, 19 65,70—67,20, 20 68,20—69,60, 21 71,90—73,30, 22 75,60—77,10, 23 81,80—83,20, 24 94,10—95,60. Für die Umrechnung der in Papiermark zu zahlenden Goldmarkbeträge ist bei einer innerhalb der Zahlungsfrist erfolgenden Zahlung der am Tage des Eingangs bzw. bei Auflieferung eines roten Schecks bei der Reichsbank der am zweiten Devisentage nach der Auflieferung geltende amtliche Berliner Mittelkurs für das Pfund Sterling maßgebend, wobei 1 Schilling als 1 Goldmark gerechnet wird. Kann der Empfangsberechtigte früher über den Betrag des roten Schecks verfügen, so gilt für die Umrechnung der Mittelkurs am Tage der Verfügungsmöglichkeit.

* **Karlsruher Börse vom 17. Oktbr. 1923.** Getreide und Mehl: Infolge der unsicheren wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse hatte die Börse heute einen schwächeren Besuch aufzuweisen. Sowohl Käufer wie Verkäufer befleißigen sich großer Zurückhaltung. Mitbestimmend ist wohl auch die unsichere Währungslage. Geschäfte kamen kaum zustande. Man hörte von folgenden Preisen: Weizen 20—21, Roggen 17—18, Gerste 15—16, Hafer 14—15, Weizenmehl nominell 35, zweithändig 31—32 (bei sofortiger Uebernahme und Bezahlung), Roggenmehl zweithändig 25, Kleie 6—6¼, Trockenschnitzel ohne Sack 6 und Malzkeime und Biertreber ohne Sack 7, alles in Milliarden und per 100 kg Frachtparität Karlsruhe, bei Mehl und Mühlenfabrikaten ab Mühle. Für Rauhfuttermittel können mangels Angebot Preise nicht genannt werden. — Wein und Spirituosen: Entsprechend dem Goldmarkt und dem heutigen Dollarkurs werden für beide Kategorien enorme Preise gefordert. Abschlüsse kamen unter diesen Umständen nur sehr wenige und nur zu ermäßigten Preisen zustande. — Kolonialwaren: Tee, mittel 7,90—8,60 Goldmark, gut 8,80—9,60 und fein 9,80—12,40 Goldmark per kg verzollt. Heutiger Zollsatz per kg 2 373 000 TM. Kaffee roh, Santos 3,60 GM., gewaschen 4,40 GM. und gebrannt 3,70—5,70 GM. per kg verzollt. Zoll 1 404 000 TM. per kg. Schweinefett 1,85, Salatöl 1,35, Burmareis 0,44, weiße Perlbohnen 0,65, gespaltene Erbsen 0,55 und russische Linsen 1,10 alles in Goldmark per kg.

* **Frankfurter Getreidebörse.** Bei fester Tendenz wurden an der Frankfurter Börse am Mittwoch notiert: Weizen 16,5—18,5, Roggen 14—15, Sommergerste 13,5—14,5, Hafer, inländischer 10,5—13, Weizenmehl 26—28, Roggenmehl 25—26, Kleie 4,5—5 Milliarden.

Berliner Metallbörse vom 17. Oktbr.

Preise in Millionen Mark für 1 Kg

	16.	17.		16.	17.
Elektrolytkupfer	—	—	Aluminium in Barren	—	—
Raffinadekupfer	1360-1380	1700-1750	Zinn, ausländ.	4800-4900	5800-6000
Blei	780-800	775-790	Hüttenzinn	4500-4600	5600-5800
Rohzink (Vb.-Pr.)	—,—	—,—	Nickel	2600-2800	3200-3300
do. (fr. Verk.)	720-740	900-900	Antimon	600-620	770-800
Plattenzink	580-600	760-780	Silber für 1 Gr.	880-1000	1300-1400
Aluminium	2600-2800	3400-3500	Platin p. Gr.	—	—

London, 17. Oktbr. (WB) Metallmarkt (in Lst. f. d. engl. T. v. 1015 kg.)

	16.	17.		16.	17.		16.	17.
Kupfer Kassa	60,75	61,—	bestselect.	63,50	63,50	Blei	28,45	28,50
do. 3 Monat	61,50	61,75	Nickel	135,—	135,—	Zink	32,15	—,—
do. Elektrol.	64,—	64,—	Zinn Kassa	201,05	202,61	Quecksilber	9,85	—,—
			do. 3 Monat	20 ,—	200,65	Regulus	[illegible]	—,—

Amerikanischer Funkdienst

New York, 17. Oktbr. (WB) Funkdienst. (Nachdruck verboten).

	16.	17.		16.	17.		16.	17.
			Zuf. zus.	92000	35000	stand wt	13,—	13,—
Kaffe loco	11,25	11,25	Elektrolyt	12,—	12,85	Cred. Bal.	2,73	2,73
Dezemb.	8,98	8,96	Zinn loko	41,62	41,87	Zucker Centri	7,66	7,66
März	8,32	8,34	Blei	5,92	6,05	Terpentin	104,—	104,—
Mai	8,08	8,—	Zink	6,30	6,35	Savannah	98,25	98,25
Juli	7,88	7,83	Eisen	23,25	22,25	N. Orl. Baum	29,25	29,50
Septbr.	7,79	7,78	Weißblech	5,52	5,52	Weizen rot	124,—	122,—
Baumwolle loco	30,25	30,00	Schmalz wt	13,45	13,45	Hart loko	124,10	121,—
Septemb.	—,—	—,—	Talg	8,15	8,—	Mais loko	130,—	130,—
Oktober	29,75	29,55	Baumwollöl	12,50	11,7	Mehl niedr. Pr.	5,25	5,25
November	29,25	29,15	Dezember	10,69	10,80	höchst. Pr.	5,75	5,75
Dezember	29,08	28,85	Petrol. cases	15,9	15,90	Getrfr. Engl	2/6	2/6
Januar	28,55	28,45	tanks	6,—	6,—	Kontinent	12,—	12,—

Chicago, 17 Oktbr (WB) Funkdienst (Nachdruck verboten)

	16	17		16	17		16	17
Weizen Dez.	108,25	106,50	Roggen Mai	75,—	73,50	Schweine		
„ Mai	112,75	111,25	Schmalz Okt.	12,20	12,20	leicht niedr.	7,25	7,15
Mais Dez.	77,65	77,25	Dez.	11,50	11,40	höchst.	8,05	8,—
„ Mai	75,45	74,65	Pork	—,—	—,—	schw. niedr.	7,55	7,50
Hafer Dez.	42,65	42,50	Rippen Okt.	11,50	9,40	höchst.	8,15	8,—
„ Mai	45,25	44,75	Speck niedr.	9,12	9,12	Zuf. Chicago	30000	33000
Roggen Dez.	71,25	69,50	höchst.	9,80	9,20	Westen	130000	150000

Schiffahrt

Nächste Dampferabfahrten der Hamburg-Amerika Linie

Ostasien: D. ‚Schlesien‘ am 20. Okt.; Engl. D. ‚Hyson‘ am 27. Okt.; M. S. ‚Rheinland‘ am 3. Nov.; Engl. D. ‚Dardanus‘ am 10. Nov. — D. ‚Saarbrücken‘ am 17. Nov. — Westküste-Nordamerika: D. ‚Sachsen‘ ca. 27. Oktbr.; M. S. ‚Isis‘ ca. 17. Nov. — Westindien: D. ‚Naimes‘ am 26. Okt. — Süd-Amerika: D. ‚Württemberg‘ am 17. Okt.; D. ‚Sachsenwald‘ am 30. Okt.; D. ‚Antiochia‘ am 6. Nov.; D. ‚Teutonia‘ am 8. Novbr.; D. ‚Liguria‘ am 15. Novbr. — Levante-Dienst: D. ‚Cavalla‘ ca. 20. Okt.; D. ‚Heraklea‘ ca. 20. Okt.; D. ‚Cattaro‘ ca. 27. Okt.; D. ‚Jonia‘ ca. 27. Okt. Nach Riga und Petrograd wöchentlich.

Wasserstandsbeobachtungen im Monat Oktober

Rhein-Pegel	12	13	15	16	17	18	Neckar-Pegel	12	13	15	16	17	18
Schusterinsel*)	—	1,82	2,10	1,97	1,87	1,75	Mannheim	3,71	3,71	—	3,64	3,66	3,61
Kehl	2,71	2,68	3,10	3,06	2,98	2,88	Heilbronn						
Maxau	4,42	4,37	4,75	4,67	4,72	4,57							
Mannheim	3,27	3,33	3,85	3,71	3,74	3,61							
Kaub													
Köln			3,53										

Mannheimer Wetterbericht v. 18. Okt. morgens 7 Uhr

Barometer 763,8 mm. Thermometer 4,0 C. Niedrigste Temperatur nachts 3,5°C. Höchste Temperatur gestern 12,6°C. Niederschlag 0,0 Liter auf den qm. Windstill, heiter.

Herausgeber, Drucker und Verleger: Druckerei Dr. Haas, Mannheimer General-Anzeiger, G. m. b. H., Mannheim, E 6, 2.
Direktion: Ferdinand Heyme — Chefredakteur: Kurt Fischer.
Verantwortlich für den politischen und volkswirtschaftlichen Teil: Kurt Fischer; für das Feuilleton: Dr. Fritz Hammes; für Kommunalpolitik und Lokales: Richard Schönfelder; für Sport und Neues aus aller Welt: Willy Müller; für Handelsnachrichten, Aus dem Lande, Nachbargebiete, Gericht u. den übrigen redaktionellen Teil: Franz Kircher; für Anzeigen: Karl Hügel.

Gerichtszeitung

Mannheimer Strafkammer

Großer Diebstahls- und Hehlerprozeß

Mannheim, 17. Okt. (Strafkammer IV.) Vorsitzender: Landgerichtsdirektor Baumgartner. Beisitzer: die Landgerichtsräte Scheid, Dr. Diebold, Dr. Schweizer und Dr. Darmstädter. Vertreter der Anklage ist Staatsanwalt Dr. Winder.

Den einzigen Gegenstand der Verhandlung bildete ein großer Diebstahls- und Hehlerprozeß, der den ganzen gestrigen Tag in Anspruch nahm. Angeklagt war über ein halbes Dutzend hiesiger Fuhrleute und Bäckermeister von Mannheim, letztere wegen Hehlerei. Die Angeklagten werden verteidigt durch die Rechtsanwälte Pfeiffenberger, Panther, Keller, Simon, Roediger und Kaufmann.

Die angeklagten Fuhrleute Karl Illmer (22 Jahre alt), Friedrich Illmer (25 Jahre alt), Eugen Bopp sen. (41 Jahre alt), Eugen Bopp jun. (18 Jahre alt), Kurt Dürr (35 Jahre alt), Johann Schwarz (23 Jahre alt), Georg Drescher (17 Jahre alt), Kurt Straub (24 Jahre alt) und Karl Kreß (35 Jahre alt), haben nacheinander etwa 250 Doppelzentner Mehl verschiedener Sorten zum Nachteil mehrerer Mühlen entwendet. Von den Mühlen sind geschädigt worden die Rheinmühlenwerke, die Pfälzischen Mühlenwerke, Werner u. Nicolai und die Kaufmannsmühle. Wilhelm Illmer hat allein 15—20 Sack, sein Bruder Friedrich ungefähr 10 Sack, die beiden Bopp 20—30 Sack und mit Friedrich Illmer zusammen etwa 40—50 Sack Mehl veräußert. Die genaue Zahl der insgesamt gestohlenen Säcke konnte nicht festgestellt werden. Abnehmer waren die Bäckermeister Peter Diefenbach, Martin Schweizer, Theodor Schmiederer, Karl Laug, August Fröscher, Wilhelm Gramlich und Michael Garecht. Die Bäckermeister entschuldigten ihr Vorgehen damit, daß das Mehl außerordentlich knapp war, da der Kommunalverband nicht genügend Mehl liefern konnte. Andererseits verlangte die Kundschaft Brot. Das entwendete Mehl mußte zum selben Preise wie das Kommunalverbandsmehl erworben werden. Auch wurde das aus diesem Mehl gebackene Brot zu den vorgeschriebenen Preisen verkauft. Die Verhandlung erstreckte sich von vormittags 9.30 Uhr bis nachmittags 1.45 Uhr.

Um 4.30 Uhr erfolgte die Urteilsverkündigung. Es erhielten: Karl Illmer 1 Jahr 3 Monat Gefängnis, Friedrich Illmer 1 Jahr 6 Monat, Bopp sen. 1 Jahr 2 Monat, Bopp jun. einschließlich einer anderen Strafe 1 Jahr 1 Monat, Dürr 1 Jahr, Schwarz 3 Monat, Straub einschließlich einer anderen Strafe 1 Jahr 9 Monat, Kreß 2 Monat, Diefenbach 1 Jahr, Schweizer 10 Monat, Schmiederer 6 Monat, Laug 5 Monat, Fröscher 2 Monat, Gramlich 3 Monat und Garecht 5 Monat. Drescher wird freigesprochen.

Mannheimer Schöffengericht

Mannheim, 17. Okt. (Schöffengericht St.G. 1.) Vorsitzender: Oberamtsrichter Schmitt.

Der in den 20—30er Jahren stehende Postaushelfer Friedrich Hitschfel bei der Reichspost hatte eine Vorliebe für Auslandsbriefe. Bevorzugt wurden von ihm Amerikaner und Schweizer Briefe, die er nach Dollars und Franken durchsuchte. In Rücksicht auf seine gemeingefährliche Handlungsweise verurteilte ihn das Gericht zu 10 Monaten Gefängnis.

Der Dachdecker Jakob Reidig hat aus Uebermut einen frisch gestrichenen Briefkasten der Reichspost mit einem Hammer zertrümmert. Was ihn dazu veranlaßt hat, weiß er nicht mehr, da er in total betrunkenem Zustand gehandelt haben will. Reidig bekommt 3 Monate Gefängnis, damit er sich besinnen kann.

Katharine Mildenberger hat von einem bereits abgeurteilten Felddieb Kartoffeln erhalten, die aus den Feldern bei Schwetzingen und Rheinau gestohlen waren. Wegen Hehlerei kommt sie auf 3 Monate hinter die schwedischen Gardinen.

Der 19jährige Karl U. unterschlug zu Beginn dieses Jahres zum Nachteil seiner Firma 600 Millionen M, die er auf die Post tragen sollte. Mit dem Gelde in der Tasche machte der Stift einen Ausflug in die Welt. Zunächst ging die Reise nach Berlin, dann nach Königsberg usw. Wie im Gleichnis vom verlorenen Sohn kehrte auch er wieder arm zurück, nachdem er von allen Mitteln entblößt war. Da sein Vater erklärte, den reuigen Sohn wieder aufzunehmen, verurteilte das Gericht den Sohn wegen Unterschlagung zu 8 Wochen Gefängnis, wovon 4 Wochen Untersuchungshaft abgerechnet werden. Der Angeklagte wird sofort auf freien Fuß gesetzt und ihm Strafaufschub bis 1. November 1926 mit Aussicht auf spätere Begnadigung gewährt, wenn er sich gut führt.

Gustav Bender von hier hatte den Auftrag, einen Koffer nach Ludwigshafen zu befördern. Er holte sich dazu noch einen Kollegen. Anstatt nach Ludwigshafen trugen sie den Koffer in die Mansardenwohnung des Kollegen, wo sie den Koffer erbrachen. Zunächst stahlen sie daraus einen Manchesteranzug, dann 500 Stück Zigaretten und Schokolade. Die andern Gegenstände versuchten sie zu Geld zu machen, wobei sie die Dummheit begingen sich erwischen zu lassen. Da die Sachen teilweise wieder beigebracht werden konnten, erging Urteil auf 8 Monate Gefängnis. Der Staatsanwalt hatte 4 Monate beantragt. Infolge des frechen Benehmens von Bender wurde die Strafe jedoch um das Doppelte erhöht. ch.

Der abenteuerlustige Plantagenbesitzer als Betrüger.

Vor der Karlsruher Strafkammer hatte sich letzter Tage der Plantagenbesitzer Heinrich Weischedel aus Cannstatt, zuletzt wohnhaft in Pforzheim, wegen Betrugs im Rückfall zu verantworten. Weischedel hat ein recht abenteuerlustiges Leben zu verzeichnen. Er besaß in Südamerika Plantagenbesitzungen, kam später herüber nach Deutschland und wurde bis zum Jahre 1918 durch Angehörige mit Geldsendungen unterstützt. Als nun von diesem Zeitpunkt ab die Unterstützungen aufhörten, kam Weischedel auf die schiefe Ebene. Er verfiel dem Alkohol, verübte eine Betrügerei nach der anderen und hatte deshalb eine recht erhebliche Strafliste aufzuweisen. Im März dieses Jahres lernte er kurz nach seiner Entlassung in Pforzheim mehrere Fabrikanten kennen, gab sich als reicher Amerikaner aus und machte bei den verschiedensten Firmen Bestellungen in recht erheblichen Beträgen. Er gab an, bei einer Pforzheimer Bank ein Bankkonto zu besitzen und schädigte auf diese Weise mehrere Personen. Der Sachverständige bezeichnete den Angeklagten als einen Menschen, in dessen Leben der Alkohol eine große Rolle spiele. Es sei keine Hochstaplernatur, der mit ganz bestimmten Zielen die Menschen zu betrügen versuche, sondern der Angeklagte schwindle abenteuerlustig. Er habe einen leichten abnormen Zug zur Phantastik und verbreite gerne, besonders in Kaffeehäusern, den Nymbus des reichen Mannes um sich. Was die psychologische Seite seiner Straftaten anbelange, so könnten ihm auf Grund seiner schwierigen finanziellen Lage und seinem Hang zur Trunksucht mildernde Umstände zugesprochen werden, jedoch komme die Anwendung des § 51 des Strafgesetzbuches nicht in Frage. Staatsanwalt Dr. Heinsheimer beantragte eine mehrjährige Gefängnisstrafe für den Angeklagten, dem man aber trotz der vielen Vorstrafen mildernde Umstände infolge seines krankhaften größenwahnsinnigen Schwindeltriebes zusprechen könne. Eine mehrjährige Gefängnisstrafe würde für den Angeklagten gleichzeitig eine Alkoholentziehungskur darstellen, die vielleicht von nützlichem Einfluß auf seinen späteren Lebenswandel werden könne. Das Urteil lautete lt. „Bad. Pr." auf 1 Jahr Gefängnis abzüglich 6 Monate 3 Wochen Untersuchungshaft, da man ihn des mehrfachen vollendeten und versuchten Betrugs für überführt erachtete. Die Sachverständigengutachten gaben den Ausschlag zu einer weitgehenden milden Beurteilung der Straftaten.

*

Ein rohes Weib. Der Berufsboxer Hans Rothe, der in seinem Berliner Freundeskreis unter dem Namen „Boxerhans" bekannt ist, mußte sich neulich wegen schwerer Körperverletzung verantworten. Sein Opfer war ein 64jähriger Kaufmann Heinrich Hahn, der in seiner Ehe betrogen und dazu von Rothe zum Krüppel geschlagen wurde. Hahn war mit einer jungen Frau verheiratet, die in Beziehungen zu einem Tischlermeister trat und um Weihnachten v. J. ihren Mann im Stich ließ. Im Mai kam er zufällig in eine Gastwirtschaft in der Marienstraße und traf dort seine davongelaufene Ehehälfte; bei ihr saß der „Boxerhans". Als die zärtliche Gattin ihren betrogenen Mann sah, setzte sie sich Rothe auf den Schoß und rief ihrem Manne zu: „Das ist mein Verhältnis." Zur Bekräftigung warf sie darauf dem Hahn ein Bierglas an den Kopf, und Rothe ging auf ihn zu und gab ihm einige Fauststöße ins Auge. Hahn brach blutüberströmt zusammen, während Rothe das Weite suchte. Kurze Zeit darauf wurde Hahn wiederum von dem dreiblättrigen Kleeblatt überfallen und erhielt Faustschläge ins Gesicht. Die Folge dieser Mißhandlungen war, daß er auf dem linken Auge erblindete und auch die Sehkraft des rechten Auges geschwächt wurde. Ein Schlaganfall, den er infolge der Aufregungen erlitt, machte ihn weiter zum Krüppel: Er kann sich nur noch an Krücken fortbewegen. Wie er vor Gericht erzählte, ist auch sein 1½jähriges mutterlos gewordenes Kind gestorben. Die Hauptschuld an der Mißhandlung aber schob er nicht dem Angeklagten, sondern seiner Frau zu, die den „Boxerhans" zu seinen Roheiten aufgehetzt habe. Das Gericht verurteilte Rothe zu drei Monaten Gefängnis und rechnete ihm 1½ Monate auf die Untersuchungshaft an.

National-Theater Mannheim
Donnerstag, den 18. Oktober 1923
Miete B, Reihe drei, 2. Vorstellung.
F.-V.-B. No. 3991—4050 und 6081—6140
B.-V.-B. Nr. 8281—8400

OTELLO

Oper in 4 Akten. Text von Arrigo Boito, für die deutsche Bühne übertragen von Max Kalbek. Musik v. Guiseppe Verdi. Spielleit.: Eug. Gebrath. Musikalische Leitung: Paul Breisach
Anfang 7 Uhr. Ende 10 Uhr.

Otello, Mohr, Befehlshaber der venetianischen Flotte — Alfred Färbach
Jago, Fähnrich — Hans Bahling
Cassio, Hauptmann — Fritz Bartling
Rodrigo, ein edler Venetianer — Philipp Massalsky
Lodovico, Gesandter der Rep. Venedig — Mathieu Frank
Montano, der Vorgänger Otellos in der Statthalterei von Cypern — Hugo Voisin
Desdemona, Otellos Gemahlin — Gussa Heiken
Emilia, Jagos Gattin — Betty Koller

Neues Theater im Rosengarten.
Donnerstag, den 18. Oktober 1923
F.-V.-B. Nr. 4881—5050 u. 7651—8000 u. 8551—8920 und 9620—10920 und 12301—12700
B.-V.-B. Nr. 1—300 und 901—1800

Die Räuber

Schauspiel in 5 Akten von Schiller. Inszeniert: Artur Holz. Bühnenbild von Heinz Grete.
Anfang 7 Uhr. Ende gegen 10¼ Uhr.

Maximilian, regierender Graf von Moor — Hans Godeck
Karl, Franz } seine Söhne — Rudolf Wittgen, H. Herbert Michels
Amalie von Edelreich — Maria Andor
Spiegelberg, Schweizer, Grimm, Razmann, Schufterle, Roller, Kosinsky, Schwarz } Libertiner nachher Banditen — Anton Gangl, Robert Vogel, Kurt Reiß, Adolf Jungmann, Ernst Sladeck, Georg Köhler, Richard Eggarter, Ado von Achenbach
Hermann, Bastard von einem Edelmann — Josef Renkert
Daniel, Hausknecht des Grafen von Moor — Fritz Linn
Ein Pater — Alexander Kökert

Melliand's Dreiem- Kernseife

in 200 Gramm Doppelstücken — Eingetragene Schutzmarke — und 400 Gramm Blockstücken
sowie jede Art
Industrie-, Haushalt-, Toiletten- u. Medizinal-Seifen
in besten Qualitäten. S87
Spezialität:
Textil-chemische Produkte. ✡ **Export nach allen Weltteilen**
M. Melliand Chemische Fabrik Aktiengesellschaft **Mannheim**
Telegramm-Adresse: Textilchemie. Telephon: 5921, 5922, 5923.

Gebr. Röchling, Bank
MANNHEIM, A 2, 1
Saarbrücken, Berlin, Frankfurt a. M., Lörrach
St. Johann, Burbach, Sulzbach (Saar), St. Wendel
Merzig (Saar), Neunkirchen (Saar), Saarlouis
Völklingen (Saar), Birkenfeld (Fürstentum)
Baumholder, Zweibrücken.
S72
Erledigung sämtlicher bankmäßigen Geschäfte!
Telefone: 6440, 7555, 8553, 8554, 8555, 7397, 7398
Telegramm-Adresse: Röchlingbank.

Kleine Anzeigen
als Stellen-Angebote und -Gesuche, An- und Verkäufe aller Art, Mietgesuche, Heiratsgesuche, Geldverkehr usw. finden
im Mannheimer General-Anzeiger
in Mannheim, Ludwigshafen und der Umgegend die beste und weiteste Verbreitung und versprechen sicheren Erfolg durch eine
Grosse Wirkung

⚒ **Bezugsscheinfreie** ⚒
Steinkohlenmisch-Briketts u. Koksbriketts
liefern zum Tagespreis ab Werk Dresden B9765
Vereinigte Brikettwerke Aktiengesellschaft
Dresden-A. Telegr.-Adr. Verbrike.

Wir übernehmen laufend:
Unrunde Automobil-Kurbelwellen u. Cylinder
zum Präzisions-Nachschleifen. Neuanfertigung von dazu passenden Kolben, ebenso von con. u. Stirnräder aller Konstruktionen, bei schnellster Lieferung. 0916
C. Benz Söhne Automobilfabrik Ladenburg/Neckar.

Eberhard Meyer
MANNHEIM
Collinistr. 10 Tel. 2318
Beseit. Ungeziefer jed. Art u. weitg. Garant.

1-2 möbl. Zimmer
in gutem Hause sucht möglichst bald, auch 1. Novbr. oder später, ruhiger, gebildeter Herr (Akademiker) in guter Stellung, am liebsten L-Quadrate. Angeb. unter C. W. 70 an die Geschäftsstelle. *4240

Wohnungstausch.
Berlin-Charlottenburg—Mannheim
Angeboten: Geräum. Zweizimmerwohnung mit Küche und Zubehör in guter Gegend Charlottenburgs Nähe Stadtbahn und Untergrundbahn.
Gesucht: Zweizimmerwohnung in Mannheim.
Brown, Boveri & Cie., Aktiengesellschaft
Mannheim-Käfertal. B279

Wohnungs-Tausch!
Geboten: 4 Zimmer, Küche, Mädchenkammer in bester Lage, Hildastraße.
Gesucht: 4—5 Zimmer, Küche in zentraler Lage Mannheims. Umzug kann sofort erfolgen.
Angebote an Architekt Wiener, Rosengartenstraße 20, Telephon 7238. *4234

Wohnungstausch!
3 Zimmer-Wohnung
in Ludwigshafen, Wittelsbach-Viertel, gegen solche in Mannheim zu tauschen. Umzugs-Vergütung erfolgt. Angebote unter C. P. 54 an die Geschäftsstelle dieses Blattes. *4203

Wohnungs-Tausch!
Gesucht: 4—5 Zimmer-Wohnung und Bad in Mannheim oder Heidelberg.
Geboten: Abgeschlossene 3 Zimmer-Wohnung mit Küche, Kammer und Balkon, 1. Etage in Mannheim. Umzug wird evtl. vergütet.
Angebote erbeten unter C. U. 68 an die Geschäftsstelle dieses Blattes. *4233

Tausch.
Großes Büro, 6—8 Räume in zentraler Lage, Hauptverkehrspunkt der Straßenbahnen, gegen kleineres Büro in der Schloss- oder Hafengegend.
Angebote unter M. Y. 173 an die Geschäftsstelle. 5233

Offene Stellen

Hiesiges Werk der Metallindustrie sucht zum baldigen Eintritt
einige kaufmännische
Angestellte
für das Lohnbüro.
Flottes Arbeiten und sicheres Rechnen Bedingung. Ausführliche Angebote unter M. X. 172 an die Geschäftsst. ds. Bl. 6908

Tüchtige
Verkäuferin
der Herren-Artikel-Branche per sofort **gesucht.** Ausführliche Bewerbungsschreiben mit Zeugnissen und Lichtbild erbeten an *4236
Jakob Becker,
Spezialhaus für Sport- und Herren-Artikel
Ludwigshafen, Ludwigstraße 50

Ein in allen Zweigen der Haushaltung praktisch erfahrenes gebildetes Fräulein, an gründliche Ordnung und Sauberkeit gewöhnt, zur (6850
Stütze der Hausfrau
gesucht. Beste Empfehlungen erforderlich. Zeitgemäße Vergütung eventl. Familienanschluss. Ang. u. M. R. 166 an die Geschäftsstelle ds. Bl.

Stellen-Gesuche

Jg. Lohnbuchhalter
mit guten Zeugn. sucht sofort Stellung. Angebote unter C. V. 69 an die Geschäftsst. *4235

Gewandte
Stenotypistin
sucht Stellung. Angeb. unter C. R. 65 an die Geschäftsstelle *4226

Kauf-Gesuche

Guterhalt. weißes **Kinderbett**
mögl. mit Zubehör zu kaufen gesucht. Angebote mit Preis an *4230
Kügel, Bellenstr. 66 III.

Alt-Gold
Quecksilber, Silber kauft Wilhelm Dolch, E 2, 4/5. Tel. 1631. B9738

Miet-Gesuche

Zimmer
(ev. Wohn- u. Schlafzimmer) in gutem Hause Ring oder Oststadt gesucht. Zeitgem. Bezahlg. Angeb. u. C. D. 36 an die Geschäftsstelle. *4200

Möbl. Zimmer
gegen zeitgem. Bezahlung gesucht. Angebote unter C. X. 71 an d. Gesch. *4241

Ich suche für jüng. Beamten B9766
möbl. Zimmer
eventl. mit Pension. Angebote erbet. an
Jacob Feitel
Augusta-Anlage 24.

Unterricht.

Buchhaltungs-Unterricht
für Anfänger u. Fortgeschrittene erteilt B9763
W. Rabeneick, G 7, 29
beeid. Bücherfachverständiger

Vermischtes.

Welche Witwe,
Privathaus, Pension oder Anstalt nimmt gesunde, jüd. Witwe mit Beinprothese um täglich ungefähr 4 Reichsgoldmark (letzte Woche 436 Millionen) einschl. einiger Stunden Bedienung zu dauerndem Aufenthalt? Angebote unter N. Z. 5146 an Rudolf Mosse, Nürnberg.

Trauringe liefert Solda, G 4, 19, 7 Ringe 518

Wer nimmt 3jähr. Kind **in liebevolle Pflege** bei zeitgem. Bezahlung? Angeb. unt. C. P. 63 an die Geschäftsst. *4229

Amtliche Veröffentlichungen der Stadtgemeinde.

Morgen früh ab 6 Uhr auf der Freibank Kuhfleisch. Unfang-Nr. 1300. Die Verwaltung.